



Ausschuss für Europa und Internationales

10. Sitzung (öffentlich)

15. August 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:00 Uhr bis 16:50 Uhr

Vorsitz: Stefan Engstfeld (GRÜNE)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkt:

Europawahlbeteiligung und Europafähigkeit der Kommunen in NRW stärken

3

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4140

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

* * *

Europawahlbeteiligung und Europafähigkeit der Kommunen in NRW stärken

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4140

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Ich begrüße alle Mitglieder des Ausschusses für Europa und Internationales herzlich zur 10. Sitzung. Ich begrüße die Vertreterinnen und Vertreter der Medien und sonstige Zuschauerinnen und Zuschauer, die Sitzungsdocumentation und ganz besonders natürlich die Herren Sachverständigen; bei mir steht noch „Damen und Herren Sachverständige“, aber es sind alles Herren.

Ich mache darauf aufmerksam, dass diese Anhörung live gestreamt und auch aufgezeichnet wird. Mit Ihrer Teilnahme erklären Sie sich einverstanden. Die Einladung zur heutigen Tagesordnung ist Ihnen mit der Nummer E 18/404 bekanntgegeben worden. Gibt es da noch Anmerkungen zu? – Das sehe ich nicht.

Ich freue mich sehr, dass die Sachverständigen heute allen Ausschussmitgliedern für die Beantwortung der Fragen zur Verfügung stehen. Hinweisen möchte ich vorab auf die eingegangenen Stellungnahmen. Für die möchte ich mich im Namen aller Ausschüsse, die da auch mitberatend sind, bedanken. Die Stellungnahmen liegen am Eingang zusätzlich aus.

Ich weise darauf hin, dass während der Anhörung Bild-, Film- und Tonaufnahmen nicht zugelassen sind. Zum weiteren Ablauf der Anhörung gebe ich noch folgende Hinweise: Ein mündliches Statement der Sachverständigen zu Beginn der Anhörung ist nicht vorgesehen. Vielmehr werden die Abgeordneten in Kenntnis der von den meisten eingereichten Stellungnahmen direkt Fragen an Sie richten. Ich schlage vor, dass wir die Fragen der Fraktionen zunächst in einer ersten Runde sammeln, und bitte die Abgeordneten Kolleginnen und Kollegen, die jeweiligen Sachverständigen konkret zu benennen, an die die Fragen gerichtet werden. – Das war es von meiner Seite zur Vorrede. Ich bitte um Wortmeldungen von Seiten der Fraktionen. Das sind alle Fraktionen. Zuerst hat die SPD-Fraktion die Hand gehoben. Frau Blask hat das Wort.

Inge Blask (SPD): Herr Vorsitzender, herzlichen Dank! Meine Herren Sachverständige! Wir als SPD-Fraktion bedanken uns ausdrücklich noch mal für die vorgelegten Stellungnahmen. Das Thema „Städtepartnerschaften“ ist uns ein besonderes Anliegen, insbesondere weil Bürger*innen und Kommunen im Austausch sind, aber auch mit anderen Regionen, mit anderen Kulturen. Das ist immer auch davon abhängig, wieviel personelle Ressourcen die jeweilige Kommune hat, wie die Bildungsbedarfe im Ehrenamt und im Engagement jeweils sind, wobei es natürlich auch eine Menge zu bearbeiten gibt.

Ich hätte meine erste Frage gerne an Herrn Kai Pfundheller, an die Auslandsgesellschaft gestellt. Können Sie an einem konkreten Beispiel die Punkte aufzeigen, die für einen wirksamen Aufbau einer Europafähigkeit von Menschen und Kommunen wichtig

sind, und auf der anderen Seite sagen, warum beides so relevant ist, wobei die vollen Potenziale von Städtepartnerschaften nicht immer genutzt werden können; vielleicht auch im Zusammenhang mit dem Ukraine Konflikt. Also: Städtepartnerschaften und wie man das stärken und verbessern könnte.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank. Wir sammeln in der ersten Runde. – Als Nächstes hat das Wort für die CDU-Fraktion Frau Plonsker.

Romina Plonsker (CDU): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Sachverständige! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich bedanke mich im Namen der CDU-Fraktion für Ihre Zeit heute und die Zeit, die Sie eingebracht haben, um die Stellungnahmen zu schicken. Das hilft uns immer sehr.

Ich hätte zwei Fragen an den Sachverständigen Bürgermeister Kerkhoff. Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass die Bereitstellung von Fördermitteln für die Europawahl nicht immer viel hilft und dass bereits viele Programme vorhanden sind. Könnten Sie uns das noch mal etwas genauer ausführen?

Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass fehlende Fördermittel Ihrer Einschätzung nach nicht ursächlich für die geringe Wahlbeteiligung sind. Vielleicht könnten Sie uns da noch mal Ihre Einschätzung zur Verfügung stellen. – Vielen Dank.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Sachverständige! Auch von unserer Seite herzlichen Dank für Ihre Stellungnahmen, für Ihre Teilnahme heute. Ich würde gerne starten mit einer Frage an Herrn Kull von der NRW.Bank.

Und zwar ist die NRW.Bank in der vielfachen Finanzierung von Projekten, von Vorhaben unterwegs im ganzen Land. In dem Antrag, zu dem wir heute die Anhörung durchführen, wird vorgeschlagen, die Projektabwicklung anders zu organisieren, neu zu organisieren. Da wäre meine Frage, inwiefern die NRW.Bank in diesem Bereich der Projektfinanzierung/Europafinanzierung schon unterwegs ist, und welche Möglichkeiten Sie dort sehen, gegebenenfalls nachzujustieren und dort einzusteigen. – Danke.

Dr. Werner Pfeil (FDP): Herr Vorsitzender! Vielen Dank. Auch von meiner Seite vielen Dank für die schriftlichen Ausführungen, die Sie gemacht haben, und dafür, dass Sie heute hier sind. Ich habe eine Frage an alle Sachverständigen, und zwar: Welche drei wichtigsten Maßnahmen würden Sie vorschlagen zur Steigerung der Europawahlbeteiligung bei der Bevölkerung und insbesondere bei jungen Menschen?

Sven Werner Tritschler (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank auch von unserer Seite, meine Herren, für die Stellungnahmen. Ich habe zunächst eine Frage an die Europa-Union, Herrn Wahl oder Herrn Meinert. Sie sprechen selbst in Ihrer Stellungnahme zum einen die etwas komplexe Entscheidungsstruktur in der EU an und dass das oft kritisiert wird, aber auch das Demokratiedefizit. Wo wäre Ihrer Meinung nach der Ansatzpunkt, um das zu verbessern, welche Punkte? Sie nennen ja

hier zum Beispiel als Fortschritt das Spitzenkandidatenprinzip, das beim letzten Mal zunächst angewendet wurde und dann doch nicht wirklich angewendet wurde. Vielleicht können Sie uns dazu etwas sagen.

Als gebürtiger Baden-Württemberger muss ich natürlich Herrn Kreuz eine Frage stellen. Sie sprechen in Ihrer Stellungnahme die Bedeutung der Verwaltungsvereinfachung für die erfolgreiche Umsetzung von EU-geförderten Projekten an. Gibt es hier konkrete Beispiele außer der bereits genannten in der Stellungnahme? Und inwieweit, glauben Sie, ist Baden-Württemberg mit NRW vergleichbar angesichts unterschiedlicher kommunaler Größenordnungen? – Vielen Dank.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank. – Das war die erste Fragerunde. Ich würde das jetzt so handhaben, da auch alle Sachverständigen angesprochen worden sind, dass wir alle in der Runde nacheinander aufrufen. Ich würde bei Herrn Kerkhoff anfangen wollen. Alle haben die Möglichkeit zu antworten. – Bitte schön.

Thomas Kerkhoff (Bürgermeister Stadt Bocholt): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Kolleginnen und Kollegen Sachverständige! Erst mal herzlichen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, hier auch Stellung zu nehmen. Ich mache das aus Sicht eines kommunalen Praktikers, der in einer Stadt Bürgermeister sein darf, die – so habe ich es auch geschrieben – für sich durch den Grenzbezug einen besonderen europäischen Kontext hat und sich auch schon seit über 50 Jahren Europastadt nennen darf. Insofern maßen wir uns als Stadt Bocholt eine praktische Einschätzung dazu an, obwohl wir fachlich natürlich eher andere Themen haben, als es vielleicht diesen Ausschuss berührt.

Frau Plonsker hat mich gefragt zu den Programmen und wie man zu der Aussage „viel hilft nicht immer viel“ kommt: Wie könnte man durch ein Programm die Wahlbeteiligung erhöhen? Ich glaube, wir haben da das eine Beispiel eines Programmes genannt, das seitens der Europäischen Kommission schon aufgesattelt war, aber in seinem Förderzeitlauf so früh war, dass es vielleicht nicht immer in den kommunalen Kontext und auch in den Blick der Kommunen kommt, um es dann auch anzuordern – ich hätte jetzt beinahe gesagt: abgreifen – zu können. Das ist, glaube ich, in unserem Fokus so ein Problem gewesen, wenn wir uns jetzt langsam auf eine Europawahl vorbereiten. Natürlich ist das für uns die nächste geplante anstehende Wahl. Dann ist es aber so, dass wir nicht Anfang 2022 daran denken, sondern vielleicht erst 2023, 2024.

Wenn das Programm und der entsprechende Förderaufruf dann schon durch sind, ist das natürlich bedauerlich. Vielleicht wird es auch nicht entsprechend abgerufen. Das ist vielleicht aus zeitlichem Kontext das praktische Beispiel für dieses generelle Thema: Wir müssen das vereinfachen und transparenter und auch schlanker für die Kommunen machen. Ob es jetzt zusätzlich sofort ein neues Programm seitens des Landes NRW bedarf: Wenn es immer komplexer wird und alle Ebenen im staatlichen und auch europäischen Kontext eigene Programme anzuordern, dann wird es, glaube ich, für uns an der Basis und gerade auch bei den kleineren und mittleren Kommunen immer komplizierter, immer schwieriger, das auch im Blick zu haben und dann auch umzusetzen.

Deswegen weiß ich nicht, ob es sinnvoll wäre, jetzt für die nächste Wahl ein neues Programm aufzulegen. Bis das designed, implementiert, im Zweifel eine Förderrichtlinie geschrieben ist, die dann in die Kommunen hineingetragen wird, diese abgerufen werden können und wir dann noch eine Wirkung entfalten wollen für eine Wahl, die im Grunde inmitten des nächsten Jahres ansteht – da fehlt mir schlicht ... Ich will keinem hier zu nahetreten bei der Frage, wie schnell man arbeiten kann oder wie schnell die entsprechenden Verwaltungen hier arbeiten, aber ich glaube, das kann man nicht für die nächste Wahl als die Maßnahme ansehen, um das letztlich zu machen.

Deswegen: Wir als Kommune, ich will nicht sagen, wir nehmen jedes Geld. Das ist nicht so, aber es muss schon wirkungsvoll eingesetzt sein. Ich glaube, wenn man es für die nächste Wahl noch machen will, dann kann man nach dem Motto „Stärken stärken“ im Besonderen die Kommunen, die sich solche Programme schon auferlegt haben, da vielleicht unterstützen – insbesondere nicht nur mit Geld unterstützen, sondern vielleicht auch mit inhaltlichen Kampagnen und auch in der Zielgruppenansprache an jüngere Menschen mit den artgerechten oder mundgerechten – je nachdem, wie man das sagen möchte – Medien seitens des Landes unterstützen. Das halte ich für effektiver, als das noch mal über den Geldweg zu machen. Das wäre meine Antwort auf Frage eins.

Bei der Wahlbeteiligung und den verschiedenen Programmen, also Frage zwei, wäre es aus meiner Sicht letztlich so, dass man den Mehrwert erkennen muss, den es vor Ort hat und den wir verdeutlichen müssen, um Menschen zur Wahl zu überzeugen. Es geht nachher auch in der Frage, die Dr. Pfeil gestellt hat, um die Maßnahmen. Ich glaube, wir sind alle aufgerufen – im Besonderen auch die Kommunen –, da noch mal den Mehrwert von Europa zu erklären. In einer Stadt – ich kann es wirklich nur so sagen –, die einen Teilort hat, bei dem die Grenze durch eine Straßenseite verläuft – auf der linken Seite sind Sie in Bocholt-Suderwick und auf der rechten Seite sind Sie in den Niederlanden in Dinxperlo –, wenn man da merkt, wie dieses Miteinander im Engsten funktionieren kann, dann liegt es an uns allen, da im Besonderen noch mal die Mehrwerte von Europa herauszustellen.

Das ist jetzt nicht besonders konkret, das weiß ich auch. Ich sehe da den direkten Zusammenhang, dass man einfach besser erklären muss: Wir alle zusammen und – das ist mir immer ganz besonders wichtig – auch Medien und Menschen, die in Medien arbeiten, haben da die Verantwortung, dass wir uns nicht nur immer über die Themen unterhalten, die in Europa nicht funktionieren, sondern den Wert, den diese Gemeinschaft hat, mehr herausstellen, gerade auch angesichts eines aufkommenden Rechtspopulismus, den wir sicherlich alle zu beklagen haben.

Also, in der Ursächlichkeit: Wie kriegen wir Menschen und gerade junge Leute zur Wahl? Um es noch mal auf den Punkt zu bringen, sage ich: Wir müssen noch besser beschreiben, was die Mehrwerte sind. Wir müssen es den jungen Menschen klarer sagen. Wir müssen die Vorteile – wir kommen gleich sicherlich auf das Thema Austausch, Jugendaustausch – erlebbar machen. Ich glaube, da hat die Coronageneration, die wir gerade in die Ausbildung bekommen, die das gar nicht machen konnte, ein Defizit für sich in der Erkenntnis, was diese Mehrwerte sind. Da noch mal konkret anzusetzen, hielte ich für sehr gut. Ob das zur nächsten Wahl schon klappen wird, da

müsste ich denselben Vorbehalt machen, den ich zu Frage eins gesagt habe. Aber ich glaube, das ist eh in der Frage ein langfristiges Thema und darf nicht nur für die Wahl 2024 gelten. – Vielleicht das so in aller Kürze.

Dr. Kai Pfundheller (Auslandsgesellschaft.de): Mein Name ist Kai Pfundheller. Wenn ich über die Kommunen berichte, dann tue ich das mit folgendem Hintergrund: Wir sind als Auslandsgesellschaft seit 2009 damit beschäftigt, zu Städtepartnerschaften zu arbeiten. Wir haben nahezu monatlich Austausche mit verschiedenen Kommunen zu verschiedenen Themen. Dann sind das nicht nur meine Meinungen, sondern dann gebe ich Meinungen im Generellen wieder, die uns die Kommunen widerspiegeln. Das einfach so zum Hintergrund. Aktuell arbeiten wir im Reallabor Kommunaler Aufbaupartnerschaften NRW-Ukraine, unterstützen Kommunen dabei, Partnerschaften aufzubauen, Hilfslieferungen zu organisieren, sehr konkret.

Sie hatten nach den generellen Problemen gefragt. Ganz generell kann man sagen: Je größer eine Stadt ist, desto größer ist das Potenzial, das sie hat, weil eine größere Stadt mehr Mitarbeiter hat und es einfacher ist, eine Fokussierung hinzubekommen. Ich kann berichten von einem sehr konkreten Beispiel. Ein hoch motivierter Rat, der gesagt hat: Ich möchte eine ukrainische Partnerschaft. Das trifft auf eine Verwaltungsmitarbeiterin, die drei andere Partnerschaften zu betreuen hat, die in der Post-Corona-Zeit sind, also dementsprechend vor großen Herausforderungen stehen, die gleichzeitig neben Städtepartnerschaften das Kulturamt und die Musikschule organisiert und dann die Kontakte organisieren muss.

Wir versuchen, da so weit es geht zu helfen, weil gerade so ein Initiierungsprozess ... Viele Städtepartnerschaften stehen heute vor Problemen, weil sie zu schnell eine Partnerschaft eingegangen sind. Es ist ganz wichtig: Wo sind Ansatzpunkte? Sehr oft gibt es schon Partnerschaften, wirtschaftlichen Austausch, Austausch von Zivilgesellschaft: Wo kommen die Geflüchteten her? Da anzusetzen, da versuchen wir zu helfen. Wir versuchen auch, Kontakte insbesondere zu vermitteln. Hierbei sind zu nennen der RGRE (Rat der Gemeinden und Regionen Europas) und die SKEW (Servicestelle Kommunen in der Einen Welt), die helfen, Kontakte zu etablieren. Und das ist sehr wichtig. Wir wollen Anfang November eine Veranstaltung gerade für die kreisangehörigen Kommunen machen, die ja kleiner sind, in der Ukrainehilfe stärker zusammenzuarbeiten, die Potenziale des Kreises zu nutzen und gemeinsam besser zu werden, stärker zu sein. Wir glauben, Kommunen sind Experten im Bereich der Daseinsvorsorge. Sie helfen bei diesen ganz konkreten Maßnahmen, ob es Wasserversorgung ist, Energieversorgung, da sind sie die wahren Experten und haben natürlich auch eine ganz enge Verbindung zur Zivilgesellschaft. Was da gerade im Land Nordrhein-Westfalen passiert – mir bleibt immer noch manchmal der Mund offen stehen vor dieser tollen Leistung, die da passiert.

Ganz wichtig ist Fortbildung, ganz pragmatisch: Wie deklariere ich Zoll? Wie gehe ich damit um? Aber auch Hilfestellung bei den Problemen – nicht, dass man sagt, wie man zum Beispiel in Zukunft mit türkischen Partnerschaften oder russischen Partnerschaften umgeht. Es geht darum, eine Hilfestellung in diesen Fragenstellungen zu geben. Das ist wichtig, denn jede Partnerschaft ist eine eigene. Es gibt keine einzelne Maßnahme,

die für alle Kommunen gilt in diesen Länderpartnerschaften. Aber hier Hilfe zu geben, wie man damit umgehen kann, was Wege sein können, ist ein wichtiges Element. Im Bereich der Zivilgesellschaft ist in meinen Augen die größte Herausforderung post Corona der Generationswechsel.

Der Vorsitzende Herr Kuschke, den ich urlaubsbedingt vertrete, sagt immer auf die Frage, ist bei der Städtepartnerschaft/Zivilgesellschaft die europäische Zivilgesellschaft die innovative? Und es sagt immer „jein“. Die eine Hälfte ja und die andere Hälfte nein. Denn manchmal kommt man in Städte, die vor 40 Jahren die Partnerschaft initiiert haben, und dieselben Aktiven, die vor 40 Jahren da saßen, sitzen da immer noch. Also: Wie organisiert man Partnerschaftsvereine? Wie lässt man sie interessant werden für alle Altersgruppen? Da gibt es viele Beispiele. Es gibt Kommunen, die machen im Moment Wettkämpfe mit ihrer Partnerstadt, wer mehr Wahlbeteiligung bei Europa hat, oder wer CO₂-reduzierter reist. Das sind viele Maßnahmen. Hier Fortbildungen zu organisieren, wie man Vereine führt, wie man vor allen Dingen den Übergang organisiert, um von der Personenabhängigkeit wegzukommen, das ist ein ganz wichtiges Element.

Sie hatten nach drei Maßnahmen gefragt. Das erste sind Themen. Ich leite ein Institut für politische Bildung, und finde es wichtig, dass die Leute wissen, wie der Europarat und auch das Europäische Parlament funktionieren. Aber deswegen wird keiner zur Wahl gehen. Das Wichtigste ist: An Themen entscheidet sich, ob ich zur Wahl gehe oder nicht. Auch bei der Bundestagswahl wissen die Leute nicht im Detail, wie der Bundesrat funktioniert oder wie da die genaue Abordnung ist, sondern das Wichtigste sind Themen.

Das Zweite ist europäisches Bewusstsein, europäische Vernetzung. Viele der europäisch aktiven Akteure in einer Kommune zusammenzubekommen, damit wäre, glaube ich, viel geholfen, ganz generell. Und das Wichtigste finde ich auch, ich hatte das in einem anderen Gutachten gelesen, die Schäfer-Studie: Wir brauchen internationalen Austausch für alle. Er macht das ja fest an „wählt die Familie?“ und finanziellen Fragen. Das ist der allerwichtigste Punkt, um in internationalen Austausch zu kommen. – Das vielleicht in aller Kürze.

Martin van der Pütten (Auslandsgesellschaft.de): Ich würde direkt ergänzen. Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Besten Dank für die Einladung. Ich ergänze dann zu der Frage von Dr. Pfeil, den drei Maßnahmen. Mit Verlaub, es sind vier, die ich nenne.

Ganz wichtig ist eine stetige Europaarbeit. Das heißt, wir beschäftigen uns erst ein knappes Dreivierteljahr vor der Europawahl mit Europa. Machen wir es doch von Beginn an, also direkt nach der Wahl wieder ansetzen, zielgruppenspezifische Analysen beginnen und durchführen, aber auch mehr Angebote kontinuierlich schaffen wie Austausch, kulturelle Arbeit, Bildungsarbeit und direkt von Anfang an die Kommunen in diese Arbeit oder Analysen einbinden!

Ansonsten wäre eine Forderung, internationale Arbeit und Europaarbeit von Kommunen als kommunale Pflichtaufgabe zu verankern. Ich glaube, das können Sie besser

als wir, aber das fordern wir, um damit mehr Bewusstsein in den Verwaltungen zu schaffen. Häufig hören wir in den Verwaltungen – ich bin heute hier für die Auslandsgesellschaft, aber in meinem anderen Leben leite ich den Bereich Internationale Beziehungen der Stadt Dortmund – das Argument: Die Europaarbeit und internationale Arbeit ist ja keine kommunale Pflichtaufgabe. Damit fällt man gerne mal hinten runter. Das hörte ich aus anderen Kommunen. Das wären jetzt vier Maßnahmen, die ich spontan nennen kann. – Danke schön.

Thomas Kreuz (Landkreistag Baden-Württemberg, Beratungsstelle für die regionalen ESF-Arbeitskreise): Vielen Dank für die Einladung, über die ich mich sehr gefreut habe. Ich möchte kurz etwas vor die Klammer ziehen. Ich spreche in erster Linie für den ESF. Der ESF wurde in den Römischen Verträgen 1957 als das wichtigste arbeitsmarktpolitische Instrument konstituiert. Das ist letztendlich das, was bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommt. Und natürlich spreche ich auch mit einem spezifischen Blick aus der baden-württembergischen Sicht – das kann ja gar nicht anders sein –, aber da sehr breit aufgestellt.

Ich leitete über viele Jahre hinweg die Innere Stabsstelle beim Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart, habe da europäische Themen und ESF letztendlich transportiert. Ich habe im baden-württembergischen Sozialministerium gearbeitet und war in der Verwaltungsbehörde beteiligt an der Umsetzung vom ESF, und ich bin jetzt in dem kommunalen Landesverband. Das heißt, ich bringe da wirklich die verschiedenen Zeiten mit, das seit 22 Jahren. Auf politischer Ebene bin ich selber Mitglied im Landesfachausschuss Europa.

Wie gesagt, ich freue mich, dass ich hier bin, und überlege jetzt: Wie kann ich zeigen, was wir tun, was vielleicht die andere Seite der Medaille ist oder einen anderen Blickwinkel hat? Ich fange mit Herrn Pfeil an. Wo Europa wirkt? Das ist in Baden-Württemberg in der Verwaltungsbehörde genau das Gleiche. Wir haben auch zehn Seiten Vorschriften, wie ein Plakat zu gestalten ist, welche Größe es hat und wie das aussehen muss. Bei Projektbesuchen, „wo Europa wirkt?“, da schaue ich, ob das Plakat hängt. Da hängt das Plakat, da redet man nicht drüber. Das heißt, meiner Meinung nach ist es wichtig, überall da, wo Europa bei den Bürgerinnen und Bürgern letztendlich wirkt, vielleicht auch finanziell wirkt, das nicht nur durch ein Plakat zu zeigen, sondern wirklich zu reden. Methodisch, didaktisch gibt es da unendlich Möglichkeiten für jede Zielgruppe.

Das Zweite: Europa dahin bringen, wo es wehtut. Wenn ich mir die Programme in den baden-württembergischen Europe Direct Zentren angucke, wenn ich mir die Zielgruppen angucke, wenn ich sehe, wo Veranstaltungen stattfinden, dann profitieren da die jungen Leute von. Das ist keine Frage. 80 % finden an Gymnasien statt, finden an Universitäten statt. Man muss meiner Meinung nach dahin gehen, wo es richtig wehtut. Das heißt, da, wo die Bürgerinnen und Bürger sagen, nein, Europa, was soll das? Das ist alles ganz weit weg.

Wir motivieren unsere Projektverantwortlichen, die ESF-Projekte umsetzen, sichtbar zu werden – nicht nur sichtbar bei den Teilnehmenden, sondern über diese Teilnehmenden auch als Multiplikatoren zu arbeiten und auch mal dienstagsmorgens um 9:00 oder um

10:00 Uhr in ein Einkaufszentrum zu gehen, da einen Stand hinzustellen und zu sagen: Du bist arbeitslos, aber hier hilft man dir. Hier passiert was. Und das Ganze passiert mit europäischen Mitteln. Also nicht nur da, wo man sieht, da ist ein gewisses Interesse da, wo man eher weiß, wie der Europarat und anderes funktionieren, hingehen, sondern mit benachteiligten Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt kommen, um aufzuzeigen: Was bringt Europa auch mir in Nordrhein-Westfalen?

Das Dritte ist: Europa ist zentral, und dem Zentralen kann man nur eines entgegensetzen, und das ist die Dezentralität. Wenn man die Dezentralität entgegensetzt und gleichzeitig da aber auch Kompetenzen und Verantwortung überträgt, dann besteht meiner Meinung nach die Möglichkeit, dass durch eine größere Übernahme einer Verantwortung eine Begeisterung entsteht und dann vielleicht die Kollegin, die noch ganz viele andere Aufgaben hat, für mein Thema, für das ich mich einsetze, zu begeistern, sodass sie sagt: Mensch, da kann ich richtig was bewegen, und die Musikschule, die stelle ich jetzt vielleicht mal hintenan – so leid mir das für die Musikschule tut, das ist natürlich keine Frage.

Herr Tritschler, Verwaltungsvereinfachung: Europa ist nicht einfach, keine Frage. Eine Staatengemeinschaft mit so vielen unterschiedlichen Staaten kann nicht einfach sein. „Recht ist Recht“, und „Vorschriften müssen eingehalten werden“. Aber meiner Meinung nach funktioniert es da, wo Vertrauen vorhanden ist, wenn diejenigen, die europäische Fördermittel letztendlich umsetzen, verausgaben, nicht das Gefühl haben, dass da jetzt eine Kontrollbehörde im Sinne „die will mir etwas Böses, die sucht jetzt so lange, bis sie etwas gefunden hat“ tätig ist. Wenn man Vorschriften so sieht, dass sie letztendlich dazu dienen, das eigene Handeln zu legitimieren, dann funktioniert es.

Ich bin in meiner Stellungnahme auf den Begriff der Kooperation eingegangen. Es ist natürlich immer schwierig, wenn man eine Vorgabe macht, die in der Realität, in der Praxis an Kleinigkeiten scheitert. Bestimmte Dinge kann man meiner Meinung nach auch in einer Kooperation entwickeln.

Klar kann man mit Pauschalen Verwaltungsvereinfachungen machen. Wir hatten im ESF in der letzten Förderperiode 2014 bis 2021 eine Telekommunikationspauschale von 1,7 %. Man muss sich über eine Pauschale von 1,7 % schämen. Wir haben die Konsequenz gezogen und haben bei allen regionalen ESF-Mitteln, was den Großteil der ESF-Mittel in Baden-Württemberg betrifft, eine Restkostenpauschale von 23 %. Wir rechnen Personal ab. Ich habe eine Sozialpädagogin, die kostet mich 50.000 Euro. Da kriege ich 23 % Restkosten drauf. Und wenn ich mit den Restkosten auskomme, ist es gut, wenn ich mit den Restkosten nicht auskomme, habe ich ein Problem. Aber Pauschale heißt Pauschale. Was ich damit mache, das ist erst mal egal. – Danke schön.

Thomas Kull (NRW.Bank): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Herr Dr. Kaiser, ich gehe zunächst auf Ihre Frage ein, Projektabwicklung und Möglichkeiten, diese neu zu organisieren. Vielleicht noch einige Vorbemerkungen dazu: Die NRW.Bank ist in NRW der größte Kommunalfinanzierer. Das heißt, wir sehen, beraten, finanzieren eine ganze Reihe von Projekten in Nordrhein-Westfalen und sind damit eng insbesondere mit den Kommunen verbunden. Wir finanzieren nicht nur, sondern beraten auch.

Zum Thema „Förderung“ bieten wir den Kommunen zwei Beratungsbausteine an. Einmal unterstützen wir bei der Frage „wie gehe ich Förderung richtig an, wie wickele ich das in meiner Kommune ab?“ – wir nennen das zentrales Fördermittelmanagement –, und wir unterstützen konkret bei der Inanspruchnahme von Fördermitteln für Projekte. Start dabei ist für uns das Projekt. Wir helfen den Kommunen dann dabei, passende Fördertöpfe zu finden, bieten das kostenlos an und versuchen auch zu identifizieren, wie mögliche sinnvolle Kombinationen von unterschiedlichen Fördertöpfen aussehen.

Wichtig ist für uns der Grundsatz, dass am Beginn das Projekt steht und nicht der Fördertopf. Ich fange an zu überlegen: Was will ich denn? Was brauche ich? Was muss ich machen? Welche Ziele möchte ich erreichen? Und nicht: Gibt es einen Fördertopf, den ich anzapfen möchte, und dann suche ich mir ein passendes Projekt. Das gibt es auch manchmal, dass so vorgegangen wird. Das ist aber nicht das, was wir empfehlen. Die Förderung folgt dem Projekt. Das ist ein wichtiger Grundsatz für uns.

Wir bewegen uns in NRW in einem Netzwerk unterschiedlicher Organisationen und Partner. Da sind zum einen die fünf Bezirksregierungen, die eine hohe Kompetenz haben, zum anderen beispielsweise Organisationen wie die Kommunalagentur, die bei Fördermittelinanspruchnahme vielfältige Unterstützungsleistungen bietet. Natürlich haben die Kommunen viel Expertise aufgebaut mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Größere Kommunen tun sich meistens etwas leichter aufgrund größerer personeller Kapazitäten, die dort bestehen. Dort gibt es auch häufig Kompetenzen im Hinblick auf europäische Förderung. Viele Fördertöpfe sind nach unserer Wahrnehmung da auch gut etabliert wie der ESF – so würden wir das einschätzen – oder auch Förderungen zu EFRE-Mitteln.

Unterm Strich würde ich festhalten: Es gibt insbesondere für Kommunen ein gut etabliertes, breites Netzwerk von unterschiedlichen Partnern mit unterschiedlichen Schwerpunkten, die sich aber auch gut austauschen untereinander, sodass nach meiner Wahrnehmung jetzt keine grundlegende Neuorganisation erforderlich scheint.

Ich würde dann gerne auf den Punkt von Dr. Pfeil eingehen. Mein Thema ist das Fördermittelmanagement, also nur ein Teilausschnitt des Ganzen. Deswegen würde ich statt drei Wünschen vielleicht dann nur einen hier ansprechen, den aber in drei Unterpunkte gegliedert, wenn es hilft. Und zwar ist das – es hört sich trivial an, wir sind alle dafür, aber es ist trotzdem, glaube ich, wert, ausgesprochen zu werden –: Förderung sollte einfacher werden – unabhängig, ob das jetzt EU-Förderung oder eine andere Förderung ist.

Es gibt einfache Förderprogramme. Es ist jetzt nicht alles schlecht. Ganz im Gegenteil, vieles ist gut. Aber es ist, glaube ich, großes Potenzial, das da besteht, Förderungen zu vereinfachen. Die Schlagworte, die mir dabei einfallen, sind: weniger administrativ, mehr pauschal und grundsätzlich auch weniger Programme bzw. weniger Aufrufe. Denn die Kommunen haben Schwierigkeiten, mit ihren personellen Ressourcen viele Dinge einfach umzusetzen und wahrzunehmen. Das würde helfen. Wie gesagt: Wir sind uns wahrscheinlich alle einig, dass das gewünscht ist und dass das richtig ist. Es ist halt sehr schwer umzusetzen. Aber es wäre es wert, diesen Weg zu verfolgen. – Vielen Dank.

Peter Wahl (Europa-Union Nordrhein-Westfalen [per Video zu geschaltet]): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Wir bedanken uns auch für die Möglichkeit, hier die Stellungnahme abzugeben, und für unser Kommen heute. Wir tun das sehr gerne.

Ich würde gerne zuerst auf die Frage von Herrn Tritschler eingehen. Demokratiedefizite – ja, das haben wir geschrieben, weil wir die auch erkennen. Unser Wunsch wäre, mehr das Subsidiaritätsprinzip, das auch in den Europäischen Verträgen verankert ist, durchzuführen. Manchen Bürgern kommt die Europäische Union mit ihren Institutionen wie ein Raumschiff vor, das über den Dingen schwebt. Die Bürger wollen aber mehr entscheiden. Wir glauben auch, dass es der europäischen Idee guttäte, wenn man von der Bürgerschaft aus Themen fokussiert und Europa nicht nur als Einbahnstraße von oben nach unten sieht, sondern auch von unten in die europäischen Institutionen hineinträgt. Das ist zum Beispiel Aufgabe der Europa-Union unseres jungen Verbandes. Wir machen Abfragen und geben auch die Dinge an die Europäische Kommission und ans Parlament weiter.

Parlament ist der zweite Punkt. Wir würden es sehr begrüßen – das steht auch in unseren Beschlüssen aus Bundeskongressen drin –, wenn das Europäische Parlament ein Initiativrecht erhielte, wenn wir nicht nur die Gesetzgebungsverfahren aus dem Europäischen Rat und der Kommission hätten, sondern wenn die Parlamentarier im Europaparlament, unsere Bürgervertretung – so fassen wir sie jedenfalls auf –, auch selbständig Gesetzgebungsverfahren einleiten könnten.

Es wäre schön, wenn wir Wahlkreise hätten. Wir haben vor der Europawahl 2019 zu dem Spitzenkandidatenprinzip aufgerufen. Es ist medial gut nach vorne getragen worden. Auch unser landeseigener Sender hat da entsprechend mitgewirkt. Das ZDF hat mitgewirkt. Man hat Spitzenkandidaten präsentiert. Letztlich ist nach der Wahl aber etwas anderes passiert. Wir wissen alle, dass damit auch die Enttäuschung in die Bürgerschaft hineingebracht wurde, dass die gewählten Abgeordneten nicht ihren Spitzenkandidaten dann auch als Kommissionspräsidenten haben sehen können, sondern dass aus Regierungsinteressen letztlich davon abgewichen wurde. Das sind die Punkte, die wir als Defizit sehen.

In Richtung von Herrn Dr. Pfeil: Ich würde gerne zwei Fragen dezidiert beantworten, die dritte, auch wichtige, leite ich dann an Herrn Meinert weiter. Wir sehen ein Kommunikationsdefizit – es ist von Herrn Kreuz schon angesprochen worden. Oftmals gilt: in elitären Kreisen, an Universitäten - toll, was da gemacht wird. Auf Publikationen: toll, was da gemacht wird. Aber mit dem einfachen Bürger wird zu wenig gesprochen. Unser Haussender WDR macht vor jeder Wahl tolle Kandidatenprofile, schreibt, wofür die Leute stehen. Aber jetzt mal ganz im Ernst: Wer liest sich das alles durch? Dann kommt wieder das Problem, dass wir keine Wahlkreise, keine direkte Zuordnung haben.

Da sehe ich uns als Europa-Union im Ehrenamt auch in der Verantwortung. Wir haben in der Vergangenheit, um 2013, Module entwickelt, diese Europa-Wahlarena – nicht, weil ich jetzt Wahl heiße, sondern weil es um Wahlen geht –, ein ganz neues Format, spannend, vielseitig, sehr wenig moderiert, sehr direkt auch auf den Bürger zugeschnitten. Wenn wir uns vorstellen: Früher gab es diese Podiumsdiskussionen. Ich kann mich erinnern, dass wir in Kooperation mit unserer VHS in Bocholt so was immer gerne durchgeführt haben. Dann haben sich die Politiker in der ersten Stunde

gegenseitig ihre Wahlprogramme vorgehalten, und in den letzten zehn Minuten ist der Moderator runtergekommen mit dem Mikrofon, „liebe Bürger, jetzt sind Sie dran“. Wenn Sie Pech hatten, stand – ich möchte jetzt keinen diskriminieren – ein interessierter Professor auf, der erst mal seinen Bildungsweg und seine Kompetenz bewies und eine Frage gestellt hat, die auf dem Podium überhaupt nicht verstanden werden konnte. Die netten Politiker haben gesagt, „das nehmen wir gerne mit“, und dann war fünf Jahre Pause. Also wir brauchen mehr Bürgerkommunikation, echte Bürgerkommunikation, und zwar mit allen Bürgern.

Was ich auch als zweiten Punkt als wichtig empfinde: Wir haben 2015 dem Amtsvorgänger von Herrn Kerkhoff in Bocholt eine Studie einer jungen Frau übergeben, „Braucht Bocholt ein Europabüro?“ Das war natürlich eine Frage, die sich für uns nicht stellte. Nichtsdestotrotz hat die junge Frau in ca. 300 Seiten in freiwilliger ehrenamtlicher Arbeit sehr schön aufgegliedert: Was tut sich eigentlich in Bocholt? Welche Firmen sind europäisch unterwegs? Welche bürgerschaftlichen Vereinigungen haben wir? Haben wir Städtepartnerschaften? Gibt es Freundeskreise? Sport ist da auch eine wichtige Triebfeder. Herr Bürgermeister Kerkhoff hat uns gerade schon gesagt, Bocholt in der Besonderheit der Grenzregion mit den Kontakten in die Niederlande. Das alles haben wir in dieser Studie aufgezeigt. Die Empfehlung der Europa-Union damals an Bürgermeister Peter Nebelo lautete: Richte doch bitte ein Europabüro direkt in der Etage ein, in der du sitzt! Ein Europabüro muss jetzt keine hochbezahlte Dezerntenenstelle sein, aber es muss Tür an Tür mit der Verwaltungsspitze sein. Und dann kann Europa auch in der Kommune gelingen.

Dritter Punkt ist die Ansprache der Jugend. Wir haben bei dieser Europawahl Orientierung zu geben. Die Menschen, die im nächsten Jahr wählen, sind möglicherweise gerade erst 15 Jahre alt geworden. Wir müssen an die Schulen gehen. Wir müssen den Europaschulen die Möglichkeit geben, auch Funktionsweisen kennenzulernen. – Jetzt würde ich gerne zur Ergänzung an Herrn Meinert weiterleiten. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Matthias Meinert (Europa-Union Nordrhein-Westfalen): Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich darf ein bisschen für den Jugendverband der Europa-Union sprechen, also die Jungen Europäischen Föderalisten in NRW. Das ist ein Verband, der ungefähr 600 Mitglieder hat. Jetzt klingt es vielleicht komisch, wenn der Typ hier, der 31 ist, für die Jugend sprechen möchte. Aber ich glaube...

(Zuruf: Jugend geht bis 35!)

Ja? Das ist okay. Bei uns ist es auch 36.

Zunächst zur Frage von Ihnen, Herr Dr. Pfeil: Sie haben nach drei konkreten Maßnahmen gefragt. Mit Blick auf die Jugend: Uns wäre die Stärkung der Jugendverbände wichtig. Es ist richtig, dass wir in die Schulen gehen – dazu sage ich gleich auch was. Aber nach den 7, 8, 9 Stunden machen die Schülerinnen und Schüler halt noch etwas anderes. Es kann sein, wenn der Beitrag zum Fußballverein immer teurer wird, dann gehen die Leute da nicht mehr hin. Wir haben mit dem Landesjugendring einen starken Partner in NRW, der sehr gut mit den Ministerien zusammenarbeitet. Wenn wir es da

hinkriegen, dass wir die Fördermöglichkeiten, die wir da haben, ein bisschen unbürokratischer gestalten und die Anträge vielleicht aus einer zweistelligen Anzahl von Seiten bestehen, dann wäre uns schon sehr geholfen.

Das fördert ja einfach die Begegnungen. Wir dürfen im September mit der JEF nach Polen fahren. Wir haben den Richeza-Preis vom Land NRW bekommen für das Engagement „Polen und Deutschland für die Ukraine“. Das ist ein unfassbar gutes Konzept. Wir freuen uns sehr darüber. Es sind, glaube ich, 4.000 Euro, die wir vom Land dafür erhalten, aber auch nachträglich. Das heißt, die Kosten bleiben erst mal bei uns als Jugendverband sitzen. Wir sind 600 ehrenamtliche Leute, die dort arbeiten, die nebenbei noch studieren, die eine Ausbildung machen, die arbeiten. Das ist gar nicht so leicht, das erst mal vorzufinanzieren. Ich finde es gut, dass es die Förderung überhaupt gibt. Aber vielleicht sollte man überlegen, ob man einen Teil des Geldes vorher auszahlen könnte. Ich meine, die Nachweise kriegen Sie ja sowieso. Aber so wird es vielleicht den Leuten angenehmer gemacht, einfach arbeiten zu können, ohne eine finanzielle Lücke zu haben.

Dann ist für mich noch ganz wichtig: die Europawahl in Funk und Fernsehen. Es ist so, dass es das große Kanzler-Triell zur letzten Bundestagswahl gab. Aber mir fehlt das zur Europawahl. Wenn ich von Funk und Fernsehen rede, meine ich jetzt nicht nur die öffentlich-rechtlichen Sender, sondern auch so was wie YouTube und Twitch, was – ich weiß, für viele der älteren Generation, ohne das jetzt negativ zu meinen, ist das wahrscheinlich Neuland – kein Neuland für die jüngeren Generationen mehr ist. Leute, die 15, 16 Jahre alt sind, die 17, 18 Jahre alt sind, verbringen viel Zeit auf diesen Kanälen. Es gibt superschöne Beispiele, zum Beispiel aus der FDP-Fraktion mit Moritz Körner oder auch von S&D, wie da Jugendpartizipation möglich gemacht wird. Von daher wäre es sehr toll, wenn wir das hinkriegen würden.

Ich möchte noch als Letztes etwas zu dem anmerken, was der Herr van der Pütten gesagt hat. Sie haben mir da sehr aus der Seele gesprochen. Fangt bitte mit Europawahlen früher an! Wir haben eine große Kampagne gemacht, haben die gelauncht zum Europatag 2022 mit der JEF Europa. Die läuft seit dem 9. Mai bei uns offiziell, die Planungen begannen ungefähr ein halbes Jahr vorher. Und wir saßen da, und es gab noch keine Fördertöpfe. Wir haben bei der Kommission gefragt, wir haben beim Bund, Land und Kommunen gefragt: Es gab einfach noch keine Förderung dafür. Wir versuchen gerade, die ersten Anträge zu stellen. Aber ich sage mal, die ganze Arbeit läuft ja vorher. Da wäre es auf jeden Fall gut, wenn die Fördermöglichkeiten auch an die Wichtigkeit dieser Wahl – der sind wir uns ja alle bewusst – angepasst werden könnten.

Zwei Punkte noch, Einbindung der Schulen. Wir machen selbst als EF eine Simulation des Europäischen Parlamentes. Da können Schülerinnen und Schüler quasi einen Tag in die Rolle eines Abgeordneten schlüpfen oder auch in zwei. Da merken wir immer, wie wenig die Schülerinnen und Schüler über Europa wissen. Wir wissen auch, wie eingebunden die Lehrkräfte sind, wie die quasi ihren Plan durcharbeiten müssen. Aber es kann nicht sein, dass mir ein Schüler sagt „ich habe jetzt überlegt zu wählen, ich wollte eigentlich“ – ich glaube es war die FDP in dem Beispiel, aber es gibt natürlich noch viele andere tolle Parteien – „die FDP wählen, aber die kann man ja gar nicht wählen, die finde ich da ja gar nicht.“ Dass es aber die Renew Europe gibt oder die

S&D auf der SPD-Ebene, das wissen viele Schülerinnen und Schüler nicht. Das heißt, da müssen wir die Bildung stärken, vor allen Dingen in Schulen – Herr Kreuz hat es eben gesagt –, die vielleicht keine Europaschulen sind.

Wir haben mit den Lehrkräften dort gesprochen. Die sagen, wenn ich Europaschule bin und dort ausgezeichnet wurde, dann kann ich drei-, viermal nach Brüssel oder nach Straßburg fahren, da hat irgendein Abgeordneter noch ein paar Mittel übrig. Diese Schulen werden mit Angeboten „zugeworfen“ – entschuldigen Sie den Ausdruck. Aber Schulen, die das nicht sind, die wissen vielleicht gerade, dass das Parlament in Brüssel und in Straßburg sitzt. Das war es dann aber auch. Und da wird einfach auch kein Wert auf diese europäische Bildung gelegt. – Ich hoffe, ich konnte hier ein bisschen helfen. Ich freue mich auf den Austausch.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank. – Last, but not least hat Herr Dr. Stark das Wort. Vielleicht hat er auch die Chance, den Ruf der Universität ein bisschen geradezurücken.

Dr. Toralf Stark (Universität Duisburg-Essen): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Auch von meiner Seite vielen Dank, dass ich hier live Stellung nehmen darf. Ich komme von dieser elitären Institution, bitte sehen Sie mir das nach. Ich kann mich allen Punkten meiner Vorredner anschließen bezüglich der Frage, was man für Maßnahmen treffen sollte oder könnte, will das aber vielleicht noch ein bisschen politikwissenschaftlich untermauern. Das, was Herr Meinert gesagt hatte, ist ein zentraler Punkt, den wir einfach angehen müssen. Das ist politisches Wissen über die EU.

Ich bin seit 13 Jahren in der Lehre tätig, auch in der EU-Lehre, und habe in den letzten 13 Jahren schon beobachtet, dass das Wissen über die Europäische Union stetig nachlässt. Da geht es nicht nur darum, dass man die drei Institutionen nicht mal mehr kennt, je tiefer wir gehen, desto schwieriger wird's. Das liegt, glaube ich, nicht zuletzt auch an der Struktur des Faches Gesellschaftswissenschaft/Wirtschaft. Ich glaube, man muss wieder einen eigenen Bereich für Europa im Kernlehrplan haben. Hier muss einfach stärker herausgearbeitet werden, was Europa – das haben ja die Kollegen auch schon gesagt – wirklich für eine Bedeutung hat. Das muss einfach stärker gemacht werden, weil für die Befähigung einer Wahlbeteiligung politisches Wissen zentral ist, dass ich einfach weiß, was ich da wähle.

Dann möchte ich mich Herrn Meinert anschließen, Stichwort: europäische Parteien. Wir haben viele Debatten auch schon mit Europaabgeordneten geführt. Dann kam manchmal das Argument: Wir trauen dem Bürger nicht zu, dass er erkennt, dass die SPD zur S&D gehört oder eben die anderen Fraktionen. Das glaube ich nicht. Ich glaube, das muss man präsenter machen. Das muss man dauerhaft präsent machen, dass man genau sieht, okay, wenn ich einen SPD- oder FDP-Abgeordneten wähle: Wo landet der eigentlich im Europäischen Parlament, und was sind dann auch seine entsprechenden Aufgaben oder auch Positionen?

Ein weiterer Punkt, der auch schon genannt worden ist, der für die Wahlforschung sehr klar herausgearbeitet werden kann, ist die Thematik, also Themenorientierung. Es wird

immer stärker deutlich, dass Parteienidentifikation bei Wählern nicht mehr die Rolle spielt, sondern dass es verstärkt auf Themen und auch Personen abzielt. Das Spitzenkandidatenmodell an sich war sehr gut und hat auch sehr gute Resonanz bei den Bürgern hervorgerufen. Wir werden bei der nächsten Wahl sehen, wie groß der Schaden war, der durch das Aushebeln dieses Spitzenkandidatenmodells, das wir da gesehen haben, passiert ist. Das wird sich zeigen. Ich glaube, da werden die Parteien sehr viel Arbeit leisten müssen, weil es an sich eine gute Idee ist. Ich halte es für sehr sinnvoll. Aber hier, glaube ich, muss schon noch Arbeit getan werden.

Es sollten Personen in den Vordergrund gestellt werden. Und es müssen europäische Themen sein, die im Wahlkampf eine Rolle spielen. Die Europawahl ist immer noch die sogenannte Second Order Election. Wähler nutzen die Europawahl, um die Landesparteien oder die Bundesparteien zu bestrafen. Auch das muss man immer im Blick behalten. Deswegen ganz wichtig, was Sie gesagt hatten: Themen dauerhaft. Sie hatten das Thema „Social Media“ angesprochen. Das halte ich auch für superwichtig.

Und als letzter Punkt, da kommen wir vielleicht auch später noch mal drauf: Sie hatten es schon gesagt mit den Europe Direct-Büros. Wenn man sich mal anguckt – ich kenne ja zumindest die Standorte Duisburg und Essen, die sind relativ versteckt und die sind nicht so präsent. Warum sind die nicht so präsent? Die machen sehr gute Arbeit, haben tolle Materialien, tolle Veranstaltungen. Aber wenn man die sucht: In Duisburg liegen sie oben in Hamborn, in Essen am Hauptbahnhof, aber auch schon ein bisschen abseits. Die müssen präsenter sein, auch auf den Webseiten der Städte. Wenn Sie Europe Direct Essen googeln, wird es schwierig. Das muss man einfach auch sehen. Ich glaube, hier kann man mit wenig Mitteln – das braucht nicht viel Geld, sondern es geht einfach darum, dass man das, was man hat, einfach präsenter macht – viel gewinnen.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Ganz herzlichen Dank. – Wir sind am Ende der ersten Fragerunde. Ich blicke zu den Abgeordneten und bitte um Wortmeldungen. Als erste hat sich wieder Frau Blask von der SPD-Fraktion gemeldet.

Inge Blask (SPD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Ich hätte noch einmal eine Frage an Herrn Martin van der Pütten. Da geht es noch mal um das Thema „Städtepartnerschaften und internationale Ebene“. Sie können ja auch ein wirksames Instrument sein. Die Frage an Sie, Herr van der Pütten, ob Sie uns konkrete Beispiele der Potenziale von Städtepartnerschaften auf der internationalen Ebene darstellen können und ob Sie auch meinen, dass das auch die Rolle des Landes Nordrhein-Westfalen stärken könnte?

Wenn ich noch eine zweite Frage an ihn stellen darf: Wir haben ja vor Kurzem das Thema NRW-USA-Jahr auf den Weg gebracht. Können Sie sich vorstellen, wie eine Verzahnung, auch ein engerer Wissensaustausch zwischen den Kommunen und auch der Landesebene zum Beispiel bei den internationalen Partnerschaften aussehen könnte, wie man das gestalten könnte?

Dr. Günther Bergmann (CDU): Schönen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Herren, vielen Dank für den Einblick, den Sie jetzt schon gewährt haben. Ich finde das sehr interessant. Sie schließen im Grunde genommen an den Zwei-Ebenen-Antrag der SPD, Wahlbeteiligung und Europafähigkeit der Kommunen, an und zeigen uns, dass wir auch ein Zwei-Ebenen-Problem im Land haben, also die grenznahen Bereiche und die nicht grenznahen Bereiche. Vor diesem Hintergrund würde ich gerne drei Fragen stellen.

Das Prä von Europa kennt wegen der Normalität, die es inzwischen erreicht hat, keine Grenzen mehr. Ich komme aus dem Kreis Kleve. Sie haben gerade Dinxperlo, Suderwick erwähnt. Da merken wir das gar nicht. Für uns ist das ganz normal. Für jemanden aus Höxter und Herford, um nordrhein-westfälische Städte zu nehmen, ist das wahrscheinlich anders.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Herr Kollege, die Frage. An wen adressieren Sie die?

Dr. Günther Bergmann (CDU): An Herrn Wahl.

Wie kriegen wir es hin, die Vorteile von Europa – egal, ob Grenznähe oder nicht – nicht nur der intellektuellen Spitze, sondern dem breiten Volk näherzubringen? Das war meine Frage an Sie.

Dann habe ich eine Frage an Herrn Kerkhoff. Welche Rolle können dabei die Euregios spielen, die ja viele Produkte im Grunde genommen – salopp formuliert – schon vorhalten, die nicht abgerufen werden? Wie können die stärker eingebunden werden und auch ihren grenznahen Aufgabenbereich dadurch vielleicht ein bisschen weiten, also auch in die Tiefe unseres Landes wirken?

Und, Herr Pfundheller, ich würde Sie gerne fragen, weil Sie das vorhin sagten, das zielt mehr auf den Bereich Europafähigkeit der Kommunen: Was ist aus Ihrer Sicht cleverer, eine Partnerschaft mit Distanz oder eine Partnerschaft mit Nähe? Das meine ich jetzt räumlich. Viele Kommunen überlegen ja: Wie gehe ich an eine solche Thematik ran? Wenn eine Grenzstadt wie meine mit einer Grenzstadt aus den Niederlanden eine Partnerschaft macht, sagt man, das ist schön. Das können wir ganz schnell. Wann können wir uns treffen? Oder ist es besser für die Europafähigkeit einer Kommune, eine größere Distanz bei der Auswahl zu treffen?

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Meine erste Frage geht an Herrn Meinert. Wir haben bisher mehrfach vom Europabezug, europäischer Bildung im Schulbereich gehört, Europaschule als Stichwort ist gefallen. Wie würden Sie das in anderen Bereichen sehen, nehmen wir mal Betriebe? Junge Menschen im Alter von 16 bis 22 Jahren, die nicht mehr an der Schule sind, nicht an der Universität sind: Welche Möglichkeiten haben wir da, europäische Bildung, europäisches Wissen zu vermitteln? Welche Wege sollte man gehen?

Die andere Frage richtet sich an Herrn Kreuz. Sie haben kurz dargestellt, wie wichtig es ist, zu kommunizieren über Projekte, die mit europäischen Mitteln gefördert werden. Sie haben von Plakaten gesprochen. Wir kennen vielleicht alle die Schilder, die an landwirtschaftlichen Betrieben hängen, „gefördert von der Europäischen Union“, oder

auch an Baustellen. Welche Möglichkeiten sehen Sie noch? Sie haben vom Reden gesprochen, darüber sprechen. Welche Möglichkeiten sehen Sie noch, genau das weiter hervorzubringen, wo überall EU-Engagement, Mittel der Europäischen Union drinstecken?

Und wo sehen Sie da die Grenzen dieser Maßnahmen im Hinblick darauf, dass die Projektträger gegebenenfalls überfordert werden könnten, weil sie es nicht refinanziert bekommen, sondern es eine Auflage oder eine Notwendigkeit ist, es zu tun, die aber die Kapazitäten überschreitet? Wir haben eben von den Kommunen gehört, dass sie sowieso an Kapazitätsgrenzen kommen, wenn es um die Umsetzung von Dingen in dieser Hinsicht geht. – Vielen Dank.

Dr. Werner Pfeil (FDP): Herr Vorsitzender! Vielen Dank. Ich stelle nur eine Frage, die aber wieder an alle Sachverständigen. Und zwar hat eben Herr van der Pütten den Begriff der kommunalen Pflichtaufgabe genannt. Jetzt stelle ich mir die Frage: 1957 wurden der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Euratom unterzeichnet, die EGKS (Montanunion) 1951. Wir haben danach die Weiterentwicklung der Europäischen Union miterlebt. Wir diskutieren heute, im Jahr 2023, über diese Thematik. Das müsste doch, wenn man darüber nachdenkt, zu der Schlussfolgerung führen, dass die bisherigen Bemühungen, die Europabegeisterung zu steigern, die Wege, die wir bisher beschritten haben, nicht ausreichend waren. Das könnte eine These sein.

Jetzt meine Frage: Wäre denn eine kommunale Pflichtaufgabe Europa ein gangbarer Weg? Wir sitzen hier im Landtag. Der Landtag kann die Gemeindeordnung ändern, und wir können daraus eine kommunale Pflichtaufgabe machen. Würde das etwas ändern – das ist der eine Punkt –, und wäre das, wenn ich Sie als Sachverständige frage, sachdienlich? – Vielen Dank.

Sven Werner Tritschler (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Kurze Nachfrage nur an die Vertreter der Auslandsgesellschaft. Sie sind gerade ausführlich auf die neuen gesteigerten Beziehungen der Kommunen zur Ukraine eingegangen. In Ihrer Stellungnahme reißen Sie zumindest kurz die Problematik deutsch-russischer Städtepartnerschaften an. Wie ist da die Entwicklung oder allgemein die Entwicklung mit – ich nenne es jetzt mal – etwas schwierigeren Partnern? Vielleicht können Sie uns dazu berichten.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Die Fragen sind gestellt in Runde zwei. Ich würde jetzt in umgekehrter Reihenfolge vorgehen. Herr Dr. Stark ist wieder dran, bitte schön.

Dr. Toralf Stark (Universität Duisburg-Essen): Vielen Dank. Das ist so gar nicht mein Fachgebiet. Da bin ich einfach ehrlich. Nichtsdestotrotz glaube ich genau aus den Gründen, die wir in der ersten Runde genannt haben, dass eine Verankerung der Europäischen Union in der kommunalen Aufgabe durchaus sinnvoll ist. Wenn wir soziale Milieus in den Blick nehmen – und die sind für das Wahlverhalten relevant –, dann ist es sinnvoll zu sagen, dass die Kommunen sich stärker engagieren mit der Maßgabe, dass das EU-Thema dauerhaft verankert und präsent ist.

Matthias Meinert (Europa-Union Landesverband NRW): Ich würde zunächst auf die Frage von Herrn Dr. Kaiser antworten. Wir haben – da haben Sie recht – aus unserer Sicht eine Ungleichbehandlung der Study Bubble und der Auszubildenden. Jetzt habe ich selbst studiert. Es ist so, dass ich mich während meines Studiums dadurch, dass ich mir meine Kurse selbst legen kann und auch mal sagen kann, ich mache ein halbes Jahr nichts, mache ein Semester Pause, viel mehr mit Angeboten der Uni und auch aus der Zivilgesellschaft auseinandersetzen kann. Ein Azubi, eine Azubine kann das nicht. Es sind erst mal 40 Stunden, die sie oder er arbeitet. Da bleibt nicht mehr so viel Zeit für Europa.

Für mich wäre es so, dass man über die Berufsschule, quasi über Angebote in den Lehrplänen, die entsprechend gestrickt sind, da was machen kann, aber auch durch die Förderung von zum Beispiel innerbetrieblichen Auslandsaufenthalten von Azubis. Wenn mein Unternehmen mehrere europäische Standorte hat und der Azubi/die Azubine da auch gerne mal arbeiten möchte, dann sollte man das fördern. Um innerbetriebliche Reisen nach Warschau oder nach Paris oder wohin auch immer zu fördern, könnte man direkt auf die Betriebe zugehen. Dabei müssten sie finanziell entlastet werden.

Es ist so, dass wir zum Beispiel mit der Stadt Krefeld seit letztem Jahr ein größeres Projekt durchführen. Die SIMEP (Simulation Europäisches Parlament), die wir anbieten, ist da fester Bestandteil der Ausbildung. Das heißt, die Stadtinspektor*innen müssen das quasi in ihrer Ausbildung machen. Es ist Teil der innerbetrieblichen Ausbildung. Das sind auch Punkte, bei denen ich sage: So könnte man diesem Ungleichgewicht ein bisschen Herr werden.

Aber es ist leider so, dass die Azubis auch weniger Zeit haben, um Ehrenamtsengagement zu machen. Als ich mit 19, 20 Jahren um 18:00 Uhr aus der Ausbildung gekommen bin – ich selbst habe eine Ausbildung zum Versicherungskaufmann gemacht –, dann hatte ich auch nicht mehr so viel Lust, mich noch ehrenamtlich zu betätigen. Das wurde erst während des Studiums aufgrund der Zeit, die ich hatte, mehr. Ich weiß auch nicht ganz, wie man das umsetzen könnte. Wenn die Azubis ein bisschen mehr Zeit für ihr Ehrenamt oder auch für politisches Engagement oder für andere Dinge hätten ... Wir hören das auch.

Wir streiten ein bisschen mit den Jugendparteien um die Leute. Wenn man politisch interessiert ist – zumindest bei uns ist es so –, dann ist man auch in der Partei oder in einer Jugendorganisation oder man macht das noch. Das heißt, für mein Ehrenamt kommt immer weniger Zeit, die ich einfach habe. Und wenn wir diese Zeit ein bisschen in den Arbeitskontext integrieren würden, ohne das zu sehr zu strapazieren – in Anführungszeiten –, wäre uns, glaube ich, schon sehr geholfen.

Generell brauchen wir definitiv eine kommunale Verankerung, was Europa angeht. Wir haben jetzt, da haben die JEF und die Europa-Union maßgeblich zu beigetragen, ein Europabekanntnis in der Landesverfassung. Das war 2020. Aber in den Kommunen haben wir das nicht. Und wir haben das Problem – zumindest merken wir das –: Bei uns ist es was anderes, wenn wir Veranstaltungen in Düsseldorf, in Dortmund oder in Duisburg machen, als wenn wir es in Kleve oder im Sauerland machen. Da hält sich die Europabegeisterung, salopp gesagt, in Grenzen. Da suchen wir auch gerade nach

Wegen, wie wir die ländliche Jugendbevölkerung da noch mehr einbinden können. Es ist aber, um es aus der Praxis zu sagen, sehr schwierig. Wenn da Unterstützung von kommunaler Ebene kommen kann: sehr gerne. Ich halte das für einen sehr guten Weg. – Vielen Dank.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vorsicht, Dr. Kaiser kommt aus dem Sauerland, aus Olpe. – Herr Wahl.

(Matthias Meinert (Europa-Union): Ich wollte gerade sagen, ich habe auch in Hagen gewohnt. Von daher ...

Peter Wahl (Europa-Union, Landesverband NRW [per Video zugeschaltet]): Erst mal zur Beantwortung der Frage, die Herr Dr. Pfeil an alle gestellt hat: kommunale Pflichtaufgabe „Europa“? Ja, ich halte es für sinnvoll, wie auch schon vorhin quasi angerissen, wenn in jedem Bürgermeisteramt, in jedem Landratsamt ein Europabüro verankert wird. Das muss keine Stelle sein im Range eines hochrangigen Dezernenten. Aber es muss eine verlässliche Stelle sein, an die sich Bürger, Betriebe wenden können, wenn sie Fragen zu und um Europa haben. Das halte ich schon für sinnvoll. Das muss nicht groß Kostenschwellen aufrufen. Deshalb, ja, das würde etwas ändern einfach im Verständnis, dass diese Gemeinde eine Gemeinde Europas ist.

Dann hatte mich Herr Bergmann gefragt: Grenzenlos – wie erreichen wir breitere Schichten? Da möchte ich auf die Wortmeldung von Herrn Meinert zurückkommen. Es fängt schon bei Schüleraustauschen an. Ich kenne sehr viele Menschen in meinem Alter, die in ihrer Jugend nach Frankreich, nach England, nach Polen über ihre Schulen geschickt wurden, die heutzutage noch Kontakte dahin haben. Das heißt, das Verständnis auf diesem Kontinent, an irgendeiner Sache zusammenzuwirken, kommt schon, wenn man recht früh junge Menschen in unsere Nachbarländer schickt.

Niederschwellige Angebote – als Beispiel, was die Europa-Union in vielen verschiedenen Kreis- und Ortsverbänden macht. Es gibt ein Modul, das heißt „Treffsicher für Europa“. In Herne oder Bochum machen die Torwandschießen. In Monheim schießen sie mit Pfeil und Bogen. Wir in Bocholt spielen Golf, übrigens auf einem Platz aus Ihrem Wahlkreis bei International Moyland. Mit solchen Dingen kann man junge Menschen gewinnen, ihr sportliches Interesse auf einen Punkt lenken und dann niederschwellig am Rande dieser Veranstaltung, nach dem sportlichen Ereignis bei einem Brötchen darauf zu sprechen kommen, wie sich in Europa Sportler international austauschen, was es für Verbände gibt. Dann kann man darauf hinzuweisen, dass man das auch im Ehrenamt machen kann. Ich finde es wichtig, das jungen Menschen mitzugeben. Vielleicht hatten die da noch keine Zeit zu.

Mich hat damals ein Nachbar – da war ich 41 Jahre alt – auf irgendeiner Fete gefragt: Was machst du eigentlich ehrenamtlich? - Dann habe ich überlegt: Was kann ich denn machen? Ich bin nicht so gut im Sport, deshalb habe ich mich dem Thema Europa gewidmet und habe da mein Engagement gelassen. Es gibt so viele Sachen, die man im Ehrenamt machen kann. Und, wie gesagt, Schüleraustausche, grenzenloses Handeln ist auch über digitale Kanäle möglich. Da bieten uns die modernen Kommunikationswege sehr viele gute Methoden, um auch in die Nachbarländer reinschauen.

Es ist auch möglich, darauf hinzuweisen, dass wir von bestimmten Sendeanstalten – ich nenne das Stichwort „arte“ – ein deutsch-französisches Programm haben, über das man viel über unsere Nachbarn in Frankreich kennenlernen kann. Das muss verstetigt und auch verbessert werden. Dafür muss nicht viel Geld ausgegeben werden.

Thomas Kull (NRW.Bank): Ich nehme dann das Stichwort „Geld“ auf und wende mich an Sie, Herr Dr. Pfeil. Kommunale Pflichtaufgabe: Da würde ich vielleicht die Komplexe Haushaltsrecht und Finanzausstattung der Kommunen beleuchten. Das sind Dinge, die die Kommunen vordringlich bearbeiten müssen. Wir nehmen alle wahr, dass die kommunale Finanzausstattung unter größeren Druck geraten ist und dass die Ressourcen auf der kommunalen Seite angespannt sind. Dann kommt man halt zu der Frage, wenn ich da eine Pflichtaufgabe draus mache: Wer kümmert sich dann um die Finanzierung? Die Kommunen werden wahrscheinlich nicht so begeistert sein, wenn sie das dann finanzieren dürfen. Dieser Diskussion wird man sich stellen müssen. Ob das das Thema weiterbefördert, das vermag ich hier spontan nicht zu beurteilen.

Thomas Kreuz (Landkreistag Baden-Württemberg, Beratungsstelle für die regionalen ESF-Arbeitskreise): Ich habe hier die Möglichkeit, etwas freier zu sprechen: nein, eindeutig nein. Wer den Schuss nicht gehört hat ... Dann nützt es auch nichts, wenn ich den dazu verpflichte, dass er irgendeine Zwangsstelle macht – Punkt.

Außerdem ist es meiner Meinung nach eine Querschnittsaufgabe. Eine Querschnittsaufgabe kann ich nicht mit einer Person, auch wenn sie direkt beim Bürgermeister, bei der Landrätin oder sonst wo sitzt, wahrnehmen, sondern das muss in der ganzen Verwaltung gedacht werden. Dafür ist die oberste Spitze einer Kommune, einer Stadt, eines Kreises letztendlich verantwortlich und nicht irgendein Europabeauftragter.

Wenn man für den Bürger, die Bürgerin oder für die Mitarbeitenden in der inneren Verwaltung vielleicht so einen Ansprechpartner hätte, der so was bündelt, der so was transportiert – das wäre dann nicht diese Dezernentenstelle, sondern eine Ombudsstelle, wo man fragen kann: Gibt es da eine europäische Komponente in der Pflege? Gibt es eine europäische Komponente im Straßenbau, gibt es eine europäische Komponente in ...? –, der das dann an die entsprechenden Stellen weiterleitet, weil man auch nicht das Bewusstsein bei jedem einzelnen Mitarbeitenden haben kann. Diese Freiheit sollten eine Kommune, ein Kreis haben.

Herr Kaiser, es ist so, wie Sie sagten. Es geht nicht um die Tafel, es geht nicht um dieses Schild. Auch wenn in den Bestimmungen, die letztendlich von der Verwaltungsbehörde kommen, steht, dass, wenn dieses Schild in der Welt hängt, dann 2 % abgezogen werden – es geht letztendlich darum, dass Sie das vielleicht schon bei einer Antragstellung verlangen. Die Projektverantwortlichen legen uns viel dar, Beispiel: wie erreichen sie eine Zielgruppe, welche Methoden setzen sie an, welche Maßnahmen machen sie, welche Zeitabläufe machen sie? Da könnte man verpflichtend sagen: Wie kommuniziert ihr dieses Thema Europa?

Jetzt gehe ich wieder hin und verlange mehr. Da war Ihre Frage: Wo ist da der Mehrwert für so einen Projektträger, für so einen Projektverantwortlichen, der sowas umsetzt? Es sollte meiner Meinung nach nicht passieren, dass man hergeht und sagt:

Das ist jetzt die Pflicht, sondern man sollte die Projektverantwortlichen empoweren, ihnen ermöglichen, dass sie das tun können, dass man es miteinander vernetzt, und zwar genau auf der Ebene – das war in der Drucksache auch so ein Thema, mehr Netzwerke oder weniger Netzwerke –, dass man es denen näher bringt, die letztendlich mit diesen, in der Regel beim ESF benachteiligten Bürgerinnen und Bürgern arbeiten.

Was kann man tun, um die zu motivieren? Das mache ich relativ einfach. Ich begleite pro Jahr 42 Förderaufrufe, also etwa 300 Projekte, die ich fast alle vor Ort besuche. Zu denjenigen, die eine gute Arbeit machen, lade ich die Abgeordneten ein und sage: Herr Kaiser, wenn Sie mal ein gutes Projekt sehen wollen, mit dem Europa den Menschen wirklich nahe gebracht wird, dann schauen Sie sich dieses und jenes Projekt an. Wenn ich Ihnen dann vier vorstellen würde, dann würde ich mir wünschen, dass Sie auch kommen. – Danke schön.

Martin van der Pütten (Auslandsgesellschaft.de): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich hatte jetzt drei Fragen, auf die ich antworten muss. Ich versuche, auf die letzte Frage einzugehen, die die Runde gemacht hat, und den Stein, den ich anfangs ins Wasser geworfen habe, wieder aufzunehmen. Herr Dr. Pfeil, besten Dank, dass wir da so eng im Austausch sind. Das freut mich sehr.

Meine Empfehlung wäre, eine parlamentarische Initiative interfraktionell zu starten, dass das als kommunale Pflichtaufgabe gesehen und auch im Kommunalgesetz verankert wird. Das kann ich wieder nur bestärken. Die Kommunen haben Sie hinter sich in dem Bereich. Herr Kreuz, wenn das nicht ganz Ihre Meinung ist, okay – ich sehe Sie da lachen –, aber ich halte es für sehr sinnvoll. Pflichtaufgabe heißt nicht unbedingt Personalstelle, kann es aber bedeuten. Natürlich ist dahinter auch eine personelle Ausstattung. Es wirkt, und es wirbt am Ende für mehr Verständnis und Durchsetzungsvermögen in den Verwaltungen, aber auch in der Politik und in den Räten, also direkt aus den Kommunen einmal berichtet. Ich glaube, gerade für befreundete kleinere Kommunen – Herr Dr. Pfundheller hatte das auch erwähnt – ist es eine große Stärke im Rücken, wenn das kommunale Pflichtaufgabe werden wird. Ich kann Sie bei dem Vorhaben sehr unterstützen

Frau Blask hatte an mich zwei Fragen noch gestellt. Es war das Thema „Städtepartnerschaften“ als starkes Instrument auf internationaler Ebene, und die zweite Frage betraf das NRW-USA-Jahr. Ich möchte auf die erste Frage eingehen, inwieweit Städtepartnerschaften ein wirksames Instrument sind, um auf internationaler Ebene Gesprächskanäle offenzuhalten. Städtepartnerschaften an sich wurden ja nach dem 2. Weltkrieg initiiert zum Thema „Völkerverständigung“. Gerade mit Frankreich war es ein wichtiges Instrument. Wir in Dortmund haben mit Amiens in Frankreich seit über 60 Jahren eine Städtepartnerschaft, die extrem wichtig ist.

Wir haben auch Städtepartnerschaften – das wäre dann auch die Frage des Abgeordneten Tritschler – mit etwas schwierigeren Staaten oder Städten. Ich vermute, Sie meinen jetzt Russland. Wir haben mit Rostow am Don eine Städtepartnerschaft. Wir halten die Kanäle offen, auch wenn wir die Partnerschaft mit Rostow am Don auf Eis gelegt haben wie fast alle deutschen oder internationalen Städte, um genau da Städtediplomatie zu

betreiben. Das ist dieses Stichwort, das seit wenigen Jahren im Raum umherschwirrt, dass gerade in Zeiten von Kriegen und Krisen solche Partnerschaften, Städtediplomatie wichtiger sind denn je und dass Städte, also Kommunen, Verwaltungen viel stärker als strategisches Instrument mitgedacht werden müssen.

Vielleicht ist das auch eine Botschaft, die gen Berlin gehen sollte, vielleicht über Düsseldorf. Gerade, wenn wir in dem Zusammenhang mit autokratisch geführten Staaten wie Russland, China, Syrien und die Türkei sprechen, ist es wichtig, dass diese Partnerschaften aufrechterhalten werden. Wir Städte haben gute Zugänge in die Verwaltungen. Wir haben sehr einfache Zugänge, fernab von diplomatischen Gepflogenheiten, so nenne ich es jetzt mal, um da gewisse Themen, Menschenrechte, auch zu diskutieren. Wir wünschen uns dabei viel mehr den strategischen Einbezug der Kommunen.

Wir in Dortmund haben seit 2020 den ersten Städtediplomaten in der Verwaltung deutschlandweit, europaweit, initiiert bei mir im Team. Wir werden da auch die nächste Kollegin einstellen in dem Bereich. Wenn man auf Themen wie Desinformation, wie Chinapolitik, wie Sicherheitspolitik, internationale Klimapolitik guckt ... Da ist noch richtig viel Arbeit drin, und Möglichkeiten sind offen. Da würden wir uns auch wünschen – das war die nächste Frage von Frau Blask –, auf der Landesebene viel stärker integriert in europapolitische Leitlinien, in den Kontakt zu transnationalen Ländern wie den USA integriert zu werden.

Das ist die zweite Frage, auf die ich antworten möchte. USA – ein Land, das die nächsten Jahre massiv durchgeschüttelt wird durch Wahlen. Wir müssen jetzt beginnen, die transnationalen Verbindungen weiter zu stärken. Dass es dieses NRW-USA-Jahr gibt, begrüßen wir Kommunen sehr – jetzt spreche ich mal für die Kommune. Das ist sehr wichtig. Die USA sind einer der stärksten und wichtigsten Partner. Wir haben über 30 Städtepartnerschaften aus NRW in die USA. Wir als Stadt Dortmund haben mit Buffalo eine Partnerschaft, aber auch seit über 20 Jahren mit der Stadt Pittsburgh, die uns in der Historie und auch im Denken, in dem fortschrittlichen Denken sehr ähnlich ist. Das ist eine Projektpartnerschaft. Mit Pittsburgh klären wir zum Beispiel kommunale Zukunftsfragen zum Thema „Wasserstoff“, zum Thema „Ernährungspolitik“, zum Thema „Demokratie“ und tauschen uns über Best Practices aus. Das gilt es weiter zu fördern.

Wir hätten uns in dem Fall mehr gewünscht, dass wir in dieses NRW-USA-Jahr nicht so schnell reinstolpern, sondern von Anfang an als Kommunen intensiver mitgenommen werden, mehr strategisch eingebunden, systematischer eingebunden werden, um da über Fachaustausch, Verwaltungsaustausch viel stärker zu diskutieren. Denn das, was oben entschieden wird, findet am Ende in den Städten statt. Das muss dann auch da mehr gelebt werden. – Das als Antworten auf die drei Fragen.

Dr. Kai Pfundheller (Auslandsgesellschaft.de): Ich kann dazu nur kurz ergänzen und vor allen Dingen dieses strategische Instrument unterstreichen. Wir hatten gerade darüber gesprochen. Europa als Normalität bedeutet auch, dass sich das entwickelt hat – mehr als nur Frieden. Bitte verstehen Sie das richtig. Wir haben Frieden, also versuchen wir, strategisch zu arbeiten. Im Ausschuss für Wirtschaft können wir viel über Transformation reden. Das passiert im internationalen Austausch der Kommunen. Die sitzen an Zukunftsfragen da zusammen. Und wenn sie dort erfolgreich sind,

dann ist das ein großartiger Gewinn für das Land Nordrhein-Westfalen oder für Europa insgesamt. Ich möchte die besondere Wichtigkeit dieser Experimentierfelder, die im internationalen Austausch von Kommunen stattfinden, unterstreichen. Wie sieht der zukünftige Hafen aus? Also eine ganz schwierige Frage.

Herr Bergmann, Sie hatten gefragt, lieber eine Partnerschaft in der Nähe oder in der Distanz? Da kann ich gar nichts zu antworten. Was ich immer mache, ist, wenn Leute auf uns zukommen, Sie würden gerne eine Partnerschaft aufbauen, sie würden gerne Irland, zu fragen: Warum denn Irland? Was sind die Anknüpfungspunkte? Ich würde da Herrn Wahl sehr unterstützen. Je breiter die Basis bei Gründung der Partnerschaft ist, desto lebendiger ist sie in der Zukunft.

Ich habe tolle deutsch-niederländische Partnerschaften erlebt, die 30 km oder auch nur 5 km voneinander entfernt waren. Ich habe ein wunderbares Instrument erlebt: Eine deutsche und eine niederländische Partnergemeinde haben gemeinsam eine ungarische Partnerschaft aufgebaut. Da gibt es wunderbare Instrumente. Deswegen würde ich das niemals mit „Entweder – Oder“ beantworten, sondern es kommt sehr auf die Stadt an: Was wünscht sie sich?

Gerade dieser Entstehungsprozess hat so viel Potenzial. Ich habe dort erlebt, wie Integration funktionieren kann, indem die vielen Spanier integriert worden sind in den Prozess, die Partnerschaft einzugehen. Das, finde ich, ist ein ganz wichtiger Punkt. Schwierige Partner, nochmal einen Satz dazu, kommunale Aufgabe: Wenn mich Mitarbeiter aus Verwaltungen anrufen, wie sollen wir jetzt mit der Frage umgehen? Zu einem Land – 3 Mitarbeiter haben dieselbe Partnerschaft, dasselbe Land – kann es von mir drei verschiedene Antworten geben, weil es sehr unterschiedlich ist, wie man damit umgeht, auf welcher Ebene diese Partnerschaft stattfindet. Das ist ganz wichtig in dieser Frage.

Bürgermeister Thomas Kerkhoff (Stadt Bocholt): Ich würde nach dem, was Dr. Pfundheller gerade zum Thema „Distanz und Ferne“ gesagt hat, auf die Frage von Dr. Bergmann zu sprechen kommen. Ich glaube auch nicht, dass man das mit „Entweder – Oder“ beantworten kann, wobei wir als Stadt Bocholt im Grunde alles im Portfolio haben: die Nachbarkommune, der wir uns über die holländische Grenze hinweg sehr nahe fühlen, wo wir keine institutionalisierte Partnerschaft brauchen, um das zu leben. Das ist sehr alltäglich, sehr praktisch, wird in der Lebenswirklichkeit beiderseits auch so gesehen.

Die belgische Stadt Bocholt, die den gleichen Namen trägt, ist ein verbindendes Band. Das sind schon etwa 180 Kilometer, da braucht man schon einen Anlass, sich mal zu besuchen. Aurillac in Frankreich, das sind schon 15 Stunden, wenn man da mit dem Auto hinfahren möchte. Da braucht man noch mehr diesen Rahmen, um den Anlass geben zu können und dann das Verbindende in der Freundschaft zu sehen.

Da bin ich bei dem Thema, das Herr van der Pütten angesprochen hat: Schwierige Staaten – sollte man da Kontakt haben? Wir haben eine Freundschaft mit einer chinesischen Stadt, Wuxi, in der Nähe von Shanghai, wo ich dem Petitem, die Kontakte aufrechtzuerhalten, beipflichten möchte, wohlwissend, welche Schwierigkeiten das auch gerade im Kontext von institutionalisierten und auch manchmal rechtsstaatlichem

Kontext hat. Aber Stadtdiplomatie als solche, als niedrigste Form einer irgendwie gearteten Zusammenarbeit halte ich auch dort für sehr wichtig. Ich glaube nur, dass, je weiter entfernt die Stadt ist, man mehr Rahmen braucht, um die Anlässe schaffen zu können. Und je näher es quasi an einer Stadt liegt, desto automatischer bieten sich die Anlässe und die Mehrwerte auch für die Bevölkerung.

Zum Zweiten, Herr Dr. Bergmann, haben Sie mich zum Thema „Euregio“ gefragt. Wir haben vorhin viel über die Frage von Förderung und den Anlass, wofür Geld zur Verfügung gestellt wird, ohne einen spezifischen Zweck zu erreichen, gesprochen. Ich glaube, die Euregios sind ein sehr praktischer Teil, mit dem das in der Vergangenheit begonnen wurde und das bis heute sehr gut fortwirkt. Und genauso wie die These, die Sie aufgestellt haben: Im grenznahen Raum, wo sie beidseitig der Grenze jeweils gelebt werden, haben sie, glaube ich, einen unmittelbar praktischen Vorteil für die ihnen angegliederten Kommunen. Und das wird auch so erlebt.

Und jetzt war Ihre Frage konkret: Wie kann das weiter ins Land hinaus ausstrahlen? Ich kann mir schwerlich vorstellen, dass man die konkreten Förderprojekte der Euregios sehr weit ins Landesinnere bekommen wird. Da müsste man sie schon weiterhin stark unterstützen. Ich weiß nicht, ob sie da ihrer Selbstverwaltungsfunktion, die sie sich auch haben, gerecht werden können. Das wäre nicht mein Ansatz. Wenn ich das auf einen mittelbaren Punkt beschränken würde, könnten sie in einem europäischen Kontext aus meiner Sicht sehr gut bei dem Thema der Dienstleistungsfreiheit und auch der Arbeitnehmerfreizügigkeit als Grundfreiheiten mitwirken.

Nach meinem Dafürhalten können sie für diejenigen, die international arbeiten möchten oder die in einem Nachbarland eine berufliche Chance sehen, die sie im Heimatland vielleicht nicht haben – bei Fragen, wie sieht das mit der steuerlichen Behandlung aus, wie sieht das mit dem Sozialversicherungssystem aus? – ein guter Transmissionsriemen sein, um das zumindest noch etwas weiter auf höchster Ebene bis Höxter – das ist sehr weit im Landesinneren – möglich zu machen. Wenn wir im Bereich der Selbständigen sind, auch bei der Dienstleistungsfreiheit, können wir da auch helfen, bei Ausschreibungen auch Spezialunternehmen zu finden, über die Landesgrenzen hinweg die Kompetenzen in einem internationalen Kontext an der jeweiligen Grenzlage oder zumindest auch etwas weiter ins Landesinnere fruchtbar zu machen. So kann ich es mir in etwa auch lebenspraktisch vorstellen.

Zu dem Thema „kommunale Pflichtaufgabe“: Ich würde es nicht ganz so deutlich sagen wie Herr Kreuz, aber in der Tendenz wäre ich auch ein klarer Verfechter, daraus keine kommunale Pflichtaufgabe zu machen. Ich will es aber insofern ein Stück weit noch differenzieren in der Frage: Wie wirkt sich das praktisch aus? Herr Kull hatte das gestreift. Bei der Frage der Finanzierbarkeit würde es das für die Kommunen aus meiner Sicht sehr viel einfacher machen. Ich sage einfach in dem Zusammenhang „finanzpolitische Konnexität“. Wenn Sie es zur Pflichtaufgabe machen, müssen Sie uns auch das Geld unmittelbar dafür geben. Das kann man machen, das kann auch als Land sinnvoll sein. Vielleicht sagen manche Kommunen „hurra!“ Herr Kull hat den Zusammenhang zwischen Ziele umsetzen, nicht nur Geld bekommen, vorhin schon einmal dargelegt, den würde ich in diesem Kontext ein Stück weit berührt sehen. Das würde es erst mal viel einfacher machen für uns.

Ich glaube aber – das war Ihre zweite Teilfrage – Sachdienlichkeit ... Da würde ich mich sehr stark dem anschließen, was Herr Kreuz eben gesagt hat. Würde man es jetzt den Kommunen als weitere Pflichtaufgabe überstülpen, kriegen Sie da mit Sicherheit eine adäquate Dienstleistung nach Vorschrift, die dann abgearbeitet wird, und bekommen sicherlich auch, wenn Sie ein Papier, ein Plakat oder was auch immer wollen, dieses geliefert. Wir können das. Wenn Kommunen eins können, dann ist das, Dinge umzusetzen. Das bekommen sie alles. Aber wir sprechen hier über den Kontext: Wie können wir Begeisterung, wie können wir Mehrwerte wirklich schaffen?

Ich glaube nicht, dass das mit einer Pflicht der richtige Ansatz ist, sondern wir müssen Chancen und Anlässe bieten. Ich will das mal sehr praktisch machen. Wie kann das geschehen? Herr Meinert hat vorhin das Rückgrat der deutschen Verwaltung, den gehobenen Dienst, angesprochen. Und wie es der Zufall will, mein Kollege Herr Wölting, ist mit mir heute hergekommen. Er ist Stadtinspektoranwalt, der uns gerade von der Bezirksregierung Münster zugewiesen ist. Anlässe schaffen, dass er heute mit hier ist, was erleben kann, dass wir sehen können: Was macht der Landtag in dem Kontext? Wie funktioniert Parlamentarismus? Das, glaube ich, müssten wir viel mehr in den gesamteuropäischen Kontext einbinden, vielleicht auch da, wo wir unmittelbaren Zugriff haben, also beispielsweise im Ausbildungswesen der öffentlichen Verwaltung.

Ich kann mich an meine Ausbildung gut erinnern. Da gab es Möglichkeiten, in ein europäisches Land zu gehen und einen Teil seiner Ausbildung drei Monate dort zu verbringen. Das gibt es auch heute noch. Sie haben es, Herr Meinert, deutlich angesprochen. Ist das im Wege unserer Leistungsgesellschaft immer alles noch Pflicht, man muss noch obendrauf ... ,und man muss schon maximal intrinsisch motiviert sein, um das zu tun. Da wäre es vielleicht gut, wenn das mehr belohnt würde in dieser spezifischen Ausbildung, wenn es also einen Mehrwert hätte. Ich weiß, dass jeder, der wiederkommt, weiß, dass es auch einen inhaltlichen und einen persönlichen, einen Reifungsmehrwert für ihn hat.

Aber das wissen Sie, wenn sie sich dafür entscheiden sollen. Wenn Sie sagen müssen, ich muss einen Teil der Ausbildung vielleicht nachholen, ich kann mich nicht so gut wie meine mit Auszubildenden auf die Prüfung vorbereiten, weil ich jetzt drei Monate in Kanada, in Ungarn oder Frankreich bin und mich mit anderen Kompetenzen befasse, dann müssten wir diese Mehrwerte, glaube ich, mehr heben. Wenn wir es schaffen würden, da mehr Satelliten, so will ich das einmal nennen, auszubilden, die diese Erfahrungen gesammelt haben, die vielleicht auch vor Ort Dinge erlebt haben, die sie in unser tägliches Leben und auch ins Arbeitsleben einbringen können, dann wäre das ein spezifischer Punkt.

Wenn ich da einen letzten Meinungspunkt setzen darf, wäre das im Bereich der Städtepartnerschaften für mich auch noch einmal die klare Aufforderung, dass wir uns mehr hinterfragen müssen, was wir genau mit diesen Städtepartnerschaften und Freundschaften denn strategisch wollen.

Ich hatte die Gelegenheit, Anfang des Jahres unsere chinesische Freundschaftsstadt zu besuchen. Und wenn ich einen Eindruck dort mitgenommen habe: Da hat man sehr genau verstanden, was sind die strategischen Ziele, die wir damit verbinden? Kann man gut oder nicht so gut finden. Aber man muss einen klaren Fokus haben, was man

damit möchte. Es kann wirtschaftliche Zusammenarbeit sein, es kann der kulturelle Austausch sein, es kann das Schülerleben sein. Aber wir müssen die Zielvorstellung, glaube ich, mehr herausbilden, wenn wir die Partnerschaft lebendig halten.

Wenn es in Anführungsstrichen nur ein diffuses „wir treffen uns mal, es ist auch ganz nett“ daraus machen, dann erzielen wir dadurch keinen ausreichenden Mehrwert oder keinen Impact – so würde man es vielleicht sagen –, den wir aber brauchen, um dann auch eine Förderung und auch die finanziellen Mittel zu bekommen, die die Kommunen, das Land, der Bund oder die EU zur Verfügung stellen. Am Ende ist es immer das Geld der Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen es rechtfertigen. Deswegen müssen wir, glaube ich, auch da eine klare Zielvorstellung haben.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank an alle Sachverständigen für die Beantwortung der Fragen der Abgeordneten in der zweiten Runde. Wir kommen jetzt zur dritten Runde. Und ich bitte um Wortmeldungen. Ich habe eine vom Kollegen Neumann von der SPD-Fraktion, der hätte dann auch direkt das Wort.

Josef Neumann (SPD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Da Herr Kreuz die weiteste Anreise hat, will ich ihn nicht einfach so entlassen hier. Ihre Stellungnahme habe ich durchaus mit Genuss gelesen, weil Sie viele Aspekte drin haben. Ich zitiere:

Gerade für Menschen, die von Armut und Ausgrenzung bedroht sind, müssen mehr niederschwellige, leicht verständliche Angebote in anderer und einfacher Sprache zur Verfügung gestellt werden. Und das zieht sich in vielen dieser Punkte durch, die Sie da beschrieben haben. Eben ist auch noch einmal von Herrn Kerkhoff ausgeführt worden: Da, wo man selber merkt, dass man davon profitiert, hat man eine andere Einstellung dazu. Wir sehen in Ländern wie in Polen oder Ungarn, wo Regierungen kritisch zur EU stehen, dass die Bevölkerung das völlig anders sieht, weil sie weiß, dass sie davon profitiert. Herr Kreuz, ich lese von ihren ESF-Arbeitskreisen. Jetzt kann man sagen, ESF, langweilig, was auch immer. Wir wissen ja, was sich dahinter versteckt. Das kann nämlich ein sozialpolitischer Erfolg sein. Sie schreiben hier sehr deutlich, dass das in der regionalen Zusammenarbeit sehr gut funktioniert.

Ich gehe davon aus, dass das transparent und öffentlich ist. Ist das etwas, was auf andere übertragbar ist? Ich erlebe natürlich auch: Wenn solche Projekte eröffnet werden, stellen sich der Landrat oder Bürgermeister hin und sagen: Wir machen ein tolles Projekt. Sie vergessen natürlich zu sagen, woher das Geld für das Projekt eigentlich kommt, das sie gerade eingeweiht haben. Die vielen Schilder, die ich im Urlaub in Polen gesehen habe, an den Straßen, in den Städten zur Europäischen Union. Ganz ehrlich, wenn ich durch NRW fahre, dann sehe ich nicht in einem Jahr so viele Schilder.

Meine Frage hier noch mal an Sie: Diese ESF-Arbeitskreise und die Arbeit, die Sie da regional machen. Was ist das Erfolgsrezept? Und ist das etwas, was man auch in andere Bundesländer transportieren kann?

Dr. Günther Bergmann (CDU): Der Kreis Bocholt, mein Nachbarkreis mit der heimlichen Hauptstadt des südlichen Westmünsterlandes. Herr van der Pütten, ich würde

gerne bei Ihnen in Dortmund, in der Großstadt nachfragen, weil mir das zu eindimensional war in vielen Punkten, die Sie vorhin genannt haben. Sie kommen aus einer Großstadt. Ich komme aus einer Region, in der die größte Stadt 55.000 Einwohner hat, alles andere geht bis 8.000 runter.

Wie kann man dort bei den langsam einstürzenden Städtepartnerschaften für eine Revitalisierung sorgen? Die Leute, wie es vorhin gesagt wurde, habe ich vor 40 Jahren kennengelernt, sie gibt es heute noch. Und wenn die irgendwann nicht mehr da sind, dann gibt es auch die Städtepartnerschaft nicht. Wie können wir da aktiv werden? Das würde ich gerne Sie fragen.

Herr Kull, ich würde gerne an Ihre Adresse noch mal fragen: Das Angebot, das Sie für Kommunen machen, wie kommunizieren Sie das in Kommunen, die nicht in der Lage sind, einen eigenen Förderbeauftragten zu haben, geschweige denn einen eigenen Europabeauftragten und schon mal gar nicht als Pflichtaufgabe, weil dann all das, was Sie gerade beschrieben haben, bei Herrn Kerkhoff eingefordert wird. Wie kommunizieren Sie das, damit die Kommunen begreifen: Mensch, da ist ein Dienstleister, der kostenfrei für uns ganz viel erreichen kann. Ich glaube, dass das in vielen Kommunen völlig unbekannt ist.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank. – Gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann gehen wir in die Schlussrunde. Dann fangen wir an mit Herrn Kreuz.

Thomas Kreuz (Landkreistag Baden-Württemberg, Beratungsstelle für die regionalen ESF-Arbeitskreise): Vielen Dank nochmals für die Nachfrage zu dem System der Regionalisierung und den ESF-Arbeitskreisen in Baden-Württemberg. Ich glaube persönlich zutiefst an die Subsidiarität. Ich glaube auch nicht, dass weniger Aufrufe im Zweifelsfall erfolgreicher sind als mehr Aufrufe. Ich glaube, es müssen die passenden Aufrufe sein. Es müssen die einfachen Aufrufe sein, und es müssen die spezifischen Aufrufe aus der Region sein.

Die Frage, ob das auf andere Gebietskörperschaften übertragbar ist, will ich so beantworten. Ich bin das gefragt worden. Ich habe das System vorgestellt in Mailand, in Sevilla, in Rom, in einer Messehalle mit 130 Vertretern aus europäischen Staaten. Ich habe die gefragt: Warum seid ihr eigentlich hier? Was interessiert euch? Warum wollt ihr wissen, was wir in Baden-Württemberg mit dem ESF machen? Dann haben die gesagt, ESF interessiert uns gar nicht. Ich habe gefragt: Warum seid ihr dann in meinem Workshop? Na ja, wir sind Samen, wir sind Flamen. Wir sind Westfalen. Wir sind Wallonen. Wir sind in irgendwelche geknechteten Völker, die unter einer Zentralregierung letztendlich leiden. Und wir wollen wissen, wie es möglich ist, dass eine Zentralregierung, in dem Fall von Baden-Württemberg, einem Land mit 11 Millionen Einwohnern, auf einen Großteil seiner Mittel, die das Land, im Zweifelsfall die Ministerinnen und Minister, die das Ministerium haben, zur Gestaltung verzichtet und in der Zwischenzeit 23 Jahre verlässlich diese Mittel an die Stadt und Landkreise überträgt.

Und es ist nicht der Bürgermeister, es ist nicht die Bürgermeisterin oder die Landrätin, die über diese Projekte entscheiden, sondern dieses Gremium von arbeitsmarktpoli-

tischen Akteuren, der Vertreter der außerschulischen Jugendhilfe oder klassische Sozialarbeiter, der sich engagiert für den Personenkreis eingesetzt hat, der im Übrigen in der geheimen Wahl das gleiche Stimmrecht hat wie der Landrat. Diskutiert wird offen, diskutiert wird transparent. Das ist keine Frage. Kann man dieses System übertragen? Ja, wenn eine zentral staatliche Einheit bereit ist, auf einen Teil ihrer Einflussmöglichkeiten zu verzichten, was Vertrauen in die Subsidiarität bringt, und sie felsenfest davon überzeugt ist, dass die Kommunen und die Kreise wissen, was gut für ihre Bürgerinnen und Bürger ist.

Und wenn das möglich ist, dann ist das ganze System übertragbar. Ich habe es Herrn Engstfeld vorhin, als ich reingekommen bin, gesagt: Wir haben dieses System in Baden-Württemberg seit 2001. Ich habe 5 Jahre im Sozialministerium gearbeitet. Ich habe unter einer CDU-Ministerin begonnen. Das Ganze hat dann gewechselt zu einer SPD-Ministerin und dann zu einem grünen Minister. Das heißt, es besteht ein Konsens über alle Farben hinweg, dass das ein gutes System ist, dass das ganze System funktioniert. Es liegt letztendlich in Ihren Händen zu versuchen, diejenigen, die im Moment auf diesen Mitteln sitzen, davon zu überzeugen, dass Subsidiarität wirklich funktioniert.

Thomas Kull (NRW.Bank): Wie kommunizieren wir mit den Kommunen insbesondere? Jede Kommune in Nordrhein-Westfalen hat in meiner Abteilung einen festen Ansprechpartner, einen Kundenbetreuer, eine Kundenbetreuerin, die im direkten Austausch sind. Im Regelfall ist unser Hauptansprechpartner, unsere Hauptansprechpartnerin in der Kämmerei, im Fall Bocholt Frau Schlaghecken, mit der wir gut zusammenarbeiten wie mit vielen anderen auch.

Unsere Unterstützung konzentriert sich auf das Thema „öffentliche Infrastruktur“ und auch die Förderung, die damit verbunden ist. Wir sind ja nicht so breit aufgestellt als Bank, dass wir zu allen Fördermöglichkeiten, die es gibt, zu den verschiedensten Themen beraten und unterstützen, sondern wir befassen uns im Grundsatz mit dem Thema: Wo wird in öffentliche Infrastruktur investiert? Das finanzieren wir, und wir bieten auch die entsprechende Unterstützung. Wir suchen den direkten Austausch und machen das aktiv. Im Grundsatz kennt auch jede Kommune ihren Kundenbetreuer bei uns. Wir haben Formate wie einen regelmäßigen Förderrundbrief, wo wir auch auf neue Förderungen, auf Änderungen hinweisen. Da haben wir einen großen Verteiler, auf dem eine vierstellige Zahl von NRW-Kommunalvertretern steht.

Wir laden regelmäßig zu Veranstaltungen ein in Präsenz und digital zu unterschiedlichen Themen, um die Botschaften nach außen zu bringen. Und – in Führungszeichen – passiv erreicht man uns auch über unsere Internetseite, wo man direkt auch seine Wünsche eintragen kann, wo man sagen kann: Ich habe ein Projekt X, Y, Z, bitte Rücksprache oder Informationen dazu. Dann gibt es auch eine entsprechende Rückmeldung von unserer Seite. Das kann sicherlich noch mehr sein, aber das sind die klassischen Wege, die wir nutzen. Wir versuchen so breit wie möglich zu sein, insbesondere den Fokus auf kleine und mittlere Kommunen zu legen. Wir behandeln alle gleich. Wir konzentrieren uns nicht auf Großstädte, die vielleicht die meiste Finanzierung abrufen, sondern wir versuchen gerade diejenigen auch stark zu unterstützen,

die aufgrund ihrer Größe personell, ressourcentechnisch etwas schwächer aufgestellt sind. – Ja, so viel dazu. .

Martin van der Pütten (Auslandsgesellschaft.de): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Abgeordneter Herr Dr. Bergmann, besten Dank für die Frage, eine ganz wichtige Frage, warum man sozusagen für die Revitalisierung eingeschlafener Städtepartnerschaften sorgen kann. Ich mache es konkret an dem Beispiel einer sehr großen Stadt, wie Sie sagten. Wir in Dortmund haben neun Städtepartnerschaften. Nicht alle werden tagtäglich gepflegt werden können. Das hat verschiedenste Gründe.

Es gibt ein schönes Beispiel aus diesem Jahr, bei dem wir gesagt haben: Wir wollen das Thema angehen und den Fokus stärker auf den Bereich Bildung und Demokratie legen. Wir haben die europäischen Freundschaftstage organisiert und 60 Jugendliche aus den Partnerstädten, zum Teil auch aus deren Partnerstädten für eine Woche nach Dortmund eingeladen. Das war sicherlich ein massiver Aufwand als Querschnittsaufgabe durch die Verwaltung. Das Jugendamt hat hier gut mitgeholfen und federführend organisiert und Jugendliche im Alter zwischen 16 und 24 Jahren gezielt angesprochen und eingeladen.

Das haben wir mit der Zivilgesellschaft, mit Vereinen, mit dem Jugendring in Dortmund gemacht. Das Ziel war auch, Wissenshorizonte zu eröffnen und verschiedene Planspiele zu Europa zu machen, die sehr gut angekommen sind. Als Resultat kann man sagen, dass sich einige Jugendliche aus den Partnerstädten, die hier waren, für Praktika in Unternehmen oder auch bei der Stadtverwaltung hier in Dortmund beworben haben.

Nächster Punkt: Wir werden sehr niedrigschwellig Verwaltungsaustausche zwischen unseren Partnerstädten anbieten, dass wir Praktika in einer anderen Partnerkommunen anbieten. Ein interessanter Aspekt ist das Thema „Fachaustausch zwischen den Verwaltungen“. Es kann auch sehr niederschwellig sein, indem man die eingeschlafenen Partnerschaften wieder einbindet. Wir haben das „Urban.Dialogue.Dortmund“ genannt, wo wir zweimal im Jahr eine Onlineveranstaltung von 2 Stunden machen und zum Thema „Annäherung, letzte Meile, Mobilität, Umweltschutz“ beispielsweise Expert*innen aus verschiedenen Kommunen einladen. Das müssen wir für unsere Partnerstädte anbieten. Wer aus den Abteilungen teilnehmen möchte, kann das tun. Wir haben gemerkt, manche sind eingeschlafen, manche existieren nur noch auf dem Papier. Es gibt aber auch welche, das muss man zugeben, die sehr schwer zu revitalisieren sind.

Da wir gemerkt haben, dass nicht alle Städte so aktiv sind, wie wir uns das wünschen, haben wir uns diese Projektpartnerschaften gesucht, um da ausschließlich thematisch miteinander zu arbeiten. Das als Antwort auf Ihre Frage, Herr Dr. Bergmann.

Dr. Kai Pfundheller (Auslandsgesellschaft.de): Eine kurze Ergänzung von meiner Seite, als Eigenwerbung: Wir bieten einen sogenannten Städtepartnerschaftscheck an, wo die Kommunen kommen und gucken, wo sie ansetzen können. Gerade die Zusammenarbeit von kreisangehörigen Kommunen ist zentrales Thema, weil viele kreisangehörige Kommunen größere Probleme haben.

Ein dritter Punkt ist, Multiplikatoren aus der Stadt zu gewinnen. Das ist ganz wichtig. Also: Welche Leute habe ich im Verein? Wie große Verbindungen haben die, Sportvereine, Jugendamt, Jugendvereine, diese Leute zu integrieren? Also gerne ansprechen für konkrete Beispiele.

Peter W. Wahl (Europa-Union Deutschland, Landesverband NRW [per Video zugeschaltet]): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! Unter dem Themenkreis Werbeblock würde ich auch gerne noch etwas loswerden. Wir sind heute hier zusammengetreten, um auch über die Europawahlbeteiligung zu sprechen. Ich kann Ihnen versichern, dass ist durch Unterstützung des Ehrenamtes möglich.

Es gibt die Mär, wir hätten einen Aufnahmestopp. Das möchte ich gerne an die Parlamentarierinnen und Parlamentarier vermitteln. Das stimmt nicht. Die Europa-Union nimmt gerne auch Menschen aus der Legislative in ihre Mitgliedschaft auf. Dadurch erhalten Sie dann auch die Möglichkeit, mal unter einem anderen Schirm zu stehen, wenn es um Wahlen geht. Ich kann Ihnen versichern, wenn ich mit meinem Europawahlschirm vor der Wahl steht, dann machen die Bürger nicht so einen großen Bogen drum, als wenn Sie mit Ihrer politischen Farbe draußen stehen. – Vielen Dank.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Als langjähriger Kreisvorsitzender der Europa-Union in Düsseldorf lasse ich das Letzte mal so stehen. – Ich werde das nicht kommentieren.

Gibt es weitere Wortmeldungen vonseiten der Fraktionen? – Das ist nicht der Fall. Dann sind wir am Ende der Anhörung. Ich bedanke mich ganz herzlich bei allen Beteiligten, bei allen Sachverständigen und wünsche allen eine gute und sichere Heimreise. Das Protokoll wird, wenn es denn fertig ist, auf der Internetseite des Ausschusses veröffentlicht. – Ich schliesse die Anhörung.

gez. Stefan Engstfeld
Vorsitzender

Anlage

05.09.2023/06.09.2023

Anhörung von Sachverständigen
des Ausschusses für Europa und Internationales

Europawahlbeteiligung und Europafähigkeit der Kommunen in NRW stärken
Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/4140

am Dienstag, dem 15. August 2023
15.00 bis (max.) 17.30 Uhr, Raum E3 D01, Livestream

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Evgenia Strauß EUROPE DIRECT Düsseldorf Düsseldorf	<i>keine Teilnahme</i>	18/637
Bürgermeister Thomas Kerkhoff Stadt Bocholt Bocholt	Thomas Kerkhoff	18/679
Wolfram Kuschke Martin van der Pütten Auslandsgesellschaft.de Dortmund	Dr. Kai Pfundheller Martin van der Pütten (virtuell)	18/649
Thomas Kreuz Beratungsstelle für die regionalen ESF-Arbeitskreise Landkreistag Baden-Württemberg Stuttgart	Thomas Kreuz	18/669
Europäischer Ausschuss der Regionen Regional Hubs Network B- Brüssel	<i>keine Teilnahme</i>	---
NRW.Bank Düsseldorf	Thomas Kull	---
Simon Gutleben Europa-Union Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen Dortmund	Peter W. Wahl Matthias Meinert	18/670

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Dr. Toralf Stark Universität Duisburg-Essen Duisburg	Dr. Toralf Stark	18/664